

109-4/1048

MINISTERSTVO NÁRODNÍ ZPRÁVY  
ARCHIVNÍ A ST. DÍLNÍ ÚŘAD

Doslo 109-4/1048

Čj. 109-4/1048

Přílohy 62

42 listů

29.4.2009 Junc

Krab.

ST S

IV. H - 10/42.



DER PRIMATOR-STELLVERTRETER  
DER HAUPTSTADT PRAG

G.Z. 1036 /42.

Prag, am 25. August 1942.

Herrn  
Staatssekretär,  
SS-Gruppenführer  
Karl Hermann Frank,  
Prag IV,  
Czerninpalais.

Büro des Staatsekretärs  
beim Reichsprotektor  
in Böhmen und Mähren.  
Eing.: 26. AUG. 1942

Sehr geschätzter Herr Staatssekretär !

Anbei erlaube ich mir Ihnen den Wortlaut der Reden zu übermitteln, die der Finanz-Kontrollreferent der Stadt, Herr Direktor Rudolf Lerche und der Stadtkämmerer, Herr Dr. Heller in der Sitzung der Verwaltungskommission der Hauptstadt Prag gelegentlich der Beratung über den Rechnungsabschluss für das Jahr 1941 und des Nachtrags-Haushaltsvoranschlages für 1942 gehalten haben. Sie vermitteln beide ein höchst anschauliches Bild über den Stand der städtischen Finanzwirtschaft und über einige Aufgaben der nächsten Zukunft. Trotz des Krieges ist es möglich gewesen, die Gemeindefinanzwirtschaft in vollkommener Ordnung zu halten und rechtzeitig kriegsbedingte finanzielle Transaktionen einzuleiten. Ich wäre Ihnen daher sehr zu Dank verbunden, wenn Sie diesen beiden Reden gelegentlich Ihre Aufmerksamkeit widmen wollten. Mit den besten Empfehlungen und

Heil Hitler !  
Ihr sehr ergebener

*L. d. d. me  
1. 30. 9. 42.*

*[Handwritten signature]*  
/Prof. Pfitzner/

2 Anlagen.

St. S. IV H-10/42

2

V o r b e r i c h t  
zum Nachtragshaushaltsplan 1942.

Herr Primator !

Herr Primator-Stellvertreter !

Hohes Kollegium !

Der Ihnen soeben von dem Herrn Referenten Direktor  
L e r c h e vorgetragene Rechnungsabschluss für das Jahr  
1941, der verfügbare Restmittel in Höhe von 117,925.456.-- K  
ausweist, ist der eigentliche Anlass für den von der Finanz-  
verwaltung vorgelegten Nachtrag zum Haushaltsplan 1942.  
Durch verschiedene Massnahmen des Gesetzgebers und aus  
allgemeinen wirtschaftlichen Gründen sind zwar auch im  
Haushaltsplan 1942 Veränderungen gegenüber den veranschlag-  
ten Beträgen eingetreten, sie sind jedoch nicht derart,  
dass dadurch der Ausgleich des Planes 1942 in Mitleiden-  
schaft gezogen worden wäre. Erst das Abschlussergebnis 1941  
zusammen mit den zwangsläufigen Veränderungen im Plan 1942  
liessen die Aufstellung eines Nachtragsplanes in der Ihnen  
vorliegenden Form geboten erscheinen.

Der Nachtragsplan zum ordentlichen Plan für 1942  
umfasst :

Mehrausgaben in Höhe von . . . . . 180,711.750.-- K  
Mehreinnahmen in Höhe von . . . . . 180,620.479.-- K.  
Die veranschlagten Gesamtausgaben für das  
Jahr 1942 erhöhen sich damit auf . . . 1.333,351.296.-- K

1a

denen Gesamteinnahmen in Höhe von 1.333,510.818.-- K gegenüberstehen.

Der voranschlagsmässige Ueberschuss vermindert sich dadurch von . . . . 250.793.-- K auf . . . . 159.522.-- K.

Als Nachtrag zum ausserordentlichen Plan sind vorgesehen :

- 1./ Mehraufwand für den Umbau der Gebäude NG 704 und 705 zu Kanzleigebäuden der Gruppe Wohnungswesen . . . . . 725.000.--K
- 2./ Mehrausgaben beim Wasserleitungsnetz 1,000.000.--K
- 3./ Mehraufwendungen für hydrologische Arbeiten im Elbe-Isergebiet. . . . . 100.000.--K
- 4./ Erhöhter Bauaufwand bei der Volksschule in Kehlen und der gewerblichen Fortbildungsschule in Veitsberg infolge Lohn-erhöhungen . . . . . 900.000.--K
- 5./ Für die ausserordentliche Tilgung von inneren Anleihen . . . . . 75,158.668.--K.

Die Deckung erfolgt aus restlichen Anleihemitteln und durch Entnahmen aus der Tilgungsrücklage.

Der Ausgleich des ausserordentlichen Planes vollzieht sich **dadurch** mit

531,849.668.-- K

in Ausgabe und Einnahme.

Im Einzelnen ist zum Nachtragsplan für den ordentlichen Haushalt zu bem



3

a./ A u s g a b e n :

1./ Der Personalaufwand weist Einsparungen in Höhe von . . . . . rd. 16,100.000.-- K auf, die zum überwiegenden Teil auf den Abzug von Gemeindebediensteten für die Rüstungsindustrie durch das Arbeitsamt zurückzuführen sind.

Diesen Einsparungen stehen folgende Mehraufwendungen gegenüber :

- a./ für die Umstellung in der Auszahlung der Gehälter und Löhne der nach der Dienstordnung dienenden Angestellten von der seitherigen Bezahlung im nachhinein auf eine Bezahlung im vorhinein . . . . . 2,300.000.--K,
- b./ für die Neuregelung der Erziehungsbeiträge . . . . . 1,200.000.--K,
- c./ für Mehraufwendungen bei der Feuerwehr infolge Aenderung der Dienstverhältnisse . . . . . 1,560.000.--K,
- d./ für Neuanstellungen beim Feuerwehrcorps und in den Fürsorgeheimen in Reuth . . . . . 520.000.--K.

Unter Berücksichtigung dieser Mehrausgaben ergibt sich beim Personalaufwand eine reine Ersparnis von rd. 10,600.000.--K.

2./ Durch den Wegfall der an der Verzehrungssteuerlinie eingehobenen Zuschläge und Abgaben mit Wirkung vom 1. Juni 1942 kommen auch die an das Verzehrungssteu-

3a

erreferat zu zahlenden Beträge in Wegfall. Der im Plan 1942 vorgesehene Ausgabenposten ermässigt sich daher um . . . . . 1,500.000.-- K.

3./ Zur Instandhaltung der Gemeindegebäude werden insgesamt . . . . . 1,200.000.-- K zusätzlich benötigt. Dieser Mehrbedarf findet seine Erklärung in den notwendigen Uebersiedlungen von Aemtern und grössere Winterschäden an den Gebäuden aller Art.

4./ Der Mehraufwand für die Strasseninstandhaltung mit . . . . . 1,000.000.-- K ist in voller Höhe auf die notwendig gewordene Instandsetzung der Strasse in Prag IX., -Krocinhöhe, die einen Aufwand von ca . . . . . 1,100.000.-- K erfordert, zurückzuführen.

5./ Bei der Kanalunterhaltung werden weitere . . . . . 2,500.000.-- K angefordert. Im ordentlichen Plan müssen hier weitere Mittel bereitgestellt werden, weil eine Uebernahme eines Teiles dieser Aufwendungen auf den ausserordentlichen Plan -wie in früheren Jahren geschah- im Jahre 1942 in Fortfall kommen soll.

6./ Für die Heilanstalten sind rd. 600,000.-- K mehr aufzuwenden, und zwar :



4

520.000.-- K für die Einrichtung eines Krankenhauses in der ehemaligen Erziehungsanstalt in Lieben, die schon im Jahre 1941 in Angriff genommen wurde, aber erst im Laufe des Jahres 1942 zur Abrechnung kam.

70.000.-- K restl. Aufwendungen für Instandsetzungsarbeiten am Karls-Hof, wo eine Tuberkulose-Abteilung eingerichtet wurde und restl.

20.000.-- K für den weiteren Betrieb des Infektionskrankenhauses in Karolinenthal.

7./ Die Unterbringung von Wehrmachtsangehörigen erfordert nach den seitherigen Ausgaben einen voraussichtlichen Mehraufwand von . . . . . 5,250.000.-- K  
wovon ca . . . . . 4,750.000.-- K zum Ersatz kommen und in der Einnahme ausgewiesen werden.

8./ Ebenso ist für die durch Organisationsänderungen an die Stadt gekommene Reichsauftragsverwaltung ein Betrag von . . . . . 16,000.000.-- K in Rechnung zu stellen, dem ebenfalls Einnahmen durch Ersatzleistungen in voller Höhe gegenüber stehen.

9./ Bei der sozialen Fürsorge verursacht die vom Ministerium angeregte Angleichung der Fürsorgesätze einen voraussichtlichen Mehraufwand von  
rd. . . . . 1,100.000.-- K.

10./ Durch die teilweise Aufhebung der Befreiung von Neubauten von der Hauszinssteuer entsteht der

4a

Stadt als Gebäudeeigentümerin ein Aufwand

von . . . . . 700.000.-- K.

11./ Dem Hilfswerk für notleidende Mitbürger soll ein weiterer Anteil an Personalaufwand für im Dienste der Stadt beschäftigte Angestellte mit 400.000.-- K ersetzt werden.

12./ Die in Kap. VI. vorgesehenen Verstärkungsmittel von 13 Mill. K, von denen bereits 10 Mill. K verbraucht sind, wovon 7 Mill. K auf ~~Luftschutzmass-~~nahmen und 3 Mill. K auf Feuerwehreinrichtungen entfallen, erfordern eine Erhöhung um 5,000.000.-- K.

13./ Die im Kapitel XIII ausgewiesenen Beträge für ausserordentliche, nicht vorgesehene, Massnahmen bedürfen einer Erhöhung um . . . . 10,000.000.-- K, nachdem ein grosser Teil der Voranschlagsbeträge bereits verbraucht ist.

14./ Zur ausserordentlichen Abdeckung von inneren Anleihen werden vorgesehen . . . . . 75,158.668.-- K. Es handelt sich dabei um Anleihen, die im Jahre 1937, anlässlich der Konversion des inländischen Blocks der städtischen Auslandsanleihe beim Pensionsfonds, bei dem Erneuerungsfonds und den Elektrizitätswerken eingegangen wurden.

15./ Der Tilgungsrücklage werden im Hinblick auf den z.Zt. ruhenden Schuldendienst bei der Auslandsanleihe . . . . . 10,000.000.-- K zugewiesen.

16./ Weitere Zuweisungen an die Rücklagen erhalten :



1939

5

- a/ die Erneuerungs- u. Instandsetzungs-  
rücklage für Gemeindeliegenschaften 9,800.000.--K
- ferner die Fonds :
- b/ für die Instandsetzung der Kläranlage 10,000.000.--K
- c/ für die Fürsorgeheime in Reuth . . . 4,000.000.--K
- d/ für die Entwässerung . . . . . 10,000.000.--K
- e/ für Instandsetzung der Grünanlagen 1,000.000.--K
- f/ für die Instandsetzung der Friedhöfe 2,000.000.--K
- g/ für Strassen- u. Wegeinstandsetzung 20,000.000.--K
- h/ für die Instandsetzung des Fuhrparks 1,000.000.--K.

b. E i n n a h m e n :

Von den Gesamteinnahmen des Nachtragsplanes

- mit . . . . . 180,620.479.--K
- entfallen auf :
- a/ verfügbare Restmittel aus dem Jahre  
1941 . . . . . 117,925.456.--K
- b/ Nachzahlungen an Gemeindegzuschlägen aus  
dem Jahre 1941 . . . . . 21,300.000.--K
- c/ Mehreinnahmen an Abgaben u. Gebühren  
. . . . . 15,250.000.-- K
- wovon der Ausfall an Müll-  
abfuhr und Kanalgebühren  
mit . . . . . 5,000.000.-- K
- in Abzug kommt, somit Rest . . . . . 10,250.000.--K
- d/ Ersatzleistungen der Elektr. Unternehmungen an die Stadt :

5a

a/ für Schneebeseitigung . . . . .	4,000.000.-- K
b/ für Aufwendungen auf Luftschutzmassnahmen . . . . .	4,000.000.-- K
c/ für Strasseninstandhaltung . . . . .	2,000.000.-- K
e/ Ersatzleistungen vom städt. Gaswerk für Aufwendungen der Stadt bei Luftschutzmassnahmen . . . . .	3,000.000.-- K
f/ Erlös aus verkauftem Gemüse . . . . .	700.000.-- K
g/ und zuletzt die bereits erwähnten Ersatzleistungen des Reiches für Quartierleistungen und Ausgaben der Reichsaufsichtverwaltung mit . . . . .	4,750.000.-- K
und . . . . .	16,000.000.-- K.

Dagegen sind abzusetzen :

a./ der Ausfall an den an der Verzehrungssteuerlinie eingehobenen Zuschlägen und Gebühren mit . . . . .	5,500.000.-- K
b./ bei den in Kapitel V als Ersatz für die Aufwendungen der Gemeinde bei der Bewirtschaftung der Lebensmittel und Bekleidung vorgesehenen 10 Mill. K ein Betrag von . . . . .	5,000.000.-- K.

Im übrigen handelt es sich sowohl bei den Ausgaben, als auch bei den Einnahmen um unbedeutende Anpassungen auf Grund der bisherigen Rechnungsergebnisse.



11500

6

G e s a m t b e g r ü n d u n g :

Bei einer näheren Betrachtung des Nachtragsplanes ist es angezeigt, die Einnahmenseite vorwegzunehmen, weil diesmal in ihr -abweichend von den Normalfällen- die bestimmenden Faktoren für den gesamten Nachtragsplan 1942 enthalten sind.

Wir haben gesehen, dass mehr als 72 % der Gesamteinnahmen des Nachtragsplanes auf das Jahr 1941 zurückgehen und durften den Ausführungen des Herrn Referenten Lerche entnehmen, dass es sich dabei weniger um effektive Mehreinnahmen, sondern in der Hauptsache um Einsparungen handelt, weil aus Gründen der Kriegswirtschaft entsprechende Ausgaben der laufenden Verwaltung unterbleiben mussten.

Den Einsparungen im Jahre 1941 stehen also Aufgaben gegenüber, deren Erfüllung auf spätere Jahre verschoben wurde. Daraus ergibt sich für die Finanzverwaltung die absolute Notwendigkeit, aus den gemachten Einsparungen für diese aufgestauten Aufgaben in Form von entsprechenden Rücklagen die Mittel bereitzuhalten. Würde dies unterbleiben, so würden die kommenden Jahre mit den Aufwendungen für die jetzt nicht zur Durchführung gelangenden Massnahmen vorbelastet. Eine derartige Vorbelastung könnte zweifellos aus Mitteln der ordentlichen laufenden Verwaltung nicht mehr bestritten werden, weil die Einnahmen der ordentlichen Verwaltung in der Zukunft wiederum für die Massnahmen und Ausgaben der betreffenden Jahre

6a

benötigt werden. Es müsste also der Mehraufwand für die aufgestauten Massnahmen durch Steuererhöhungen oder im ausserordentlichen Plan durch Anleihen gedeckt werden, d. h. aus der Notwendigkeit, infolge der Kriegswirtschaft Arbeiten zurückzustellen, die aus Mitteln des ordentlichen Planes zu finanzieren gewesen wären und für die auch die Mittel im ordentlichen Plan bereitgestellt waren, würde höchstwahrscheinlich eine zusätzliche Verschuldung der Stadt entstehen. Um diese Auswirkung, die jeder gesunden Finanzpolitik widerspricht, zu vermeiden, müssen alle Mittel, die der Stadt infolge der Verengung der Ausgabemöglichkeit zuwachsen und dabei als scheinbare Ersparnis auftreten, zur Rücklagenbildung ausgewiesen werden.

Wie allgemein diese Erkenntnisse heute auf privatwirtschaftlichem Gebiete schon sind, zeigen die steuerliche Sonderbehandlung von bestimmten Rückstellungen, sowie die Erörterungen über freiwillige oder zwangsmässige Rückstellungen für Reparaturen beim Hausbesitz. Was für die Privatwirtschaft richtig ist, gilt in diesem Falle auch für den Gemeindehaushalt und muss gebührend beachtet werden.

Es wurde daher bei der Aufstellung des Nachtragsplanes darauf gesehen, dass die verfügbaren Restmittel 1941 mit . . . . . 117,925.456.-- K und die nachträglichen Eingänge an Gemeindezuschlägen mit . . . . . 21,300.000.-- K in voller Höhe zur Rücklagenbildung, bzw. ausserordent-



lichen Schuldentilgung verwendet werden. Dies bedeutet eine bewusste Abkehr von der für normale Zeiten geltenden Übung, dass verfügbare Restmittel zur teilweisen Bestreitung des ordentlichen Bedarfs der folgenden Rechnungsjahre verwendet werden. Sie ist geboten, weil die Restmittel nur aus der Eingliederung der Gemeinden in die Kriegswirtschaft entstanden sind und es nicht nur um die richtige Stellungnahme zu den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen geht.

Die Auffassung, dass die Verminderung der Sachausgaben eine Senkung der Zuschläge und Abgaben zur Folge haben sollte, muss daher unbedingt abgelehnt werden. Ich verweise hier auf die Vorgänge im übrigen Reich. Wir haben dort seit Jahren bei gleichbleibenden Umlagesätzen ständig steigenden Einnahmen, während die Sachausgaben gewaltig zurückgegangen sind. Die dadurch freigewordenen Gelder werden überall zur ausserordentlichen Schuldentilgung und Rücklagenbildung verwendet. Erst vor kurzem wurde in einem Erlass des Reichsfinanzministers und des Reichsinnenministers auf die Notwendigkeit der verstärkten Rücklagenbildung durch die Gemeinden hingewiesen. Bei der Stadt Prag, wo die im Verhältnis zu den jeweiligen Aufgaben knappe Finanzdecke eine nennenswerte Rücklagenbildung in der Vergangenheit nicht zuließ und die Schuldenlast daher Jahr für Jahr beachtlich stieg, ist

7a  
diese Notwendigkeit in verstärktem Masse gegeben.

Es muss auch vom Standpunkte des Steuerzahlers als richtig angesehen werden, wenn die Stadt jetzt vorsorglich die finanzielle Rüstung für die nur aufgeschobenen Massnahmen schafft und nicht zu einem Zeitpunkt, an dem die neuerstandene Investitionsmöglichkeit auf allen Gebieten, auch beim einzelnen Bürger, einen erhöhten Finanzbedarf hervorruft, mit erweiterten Steuerforderungen an die Bürgerschaft herantritt.

Es konnte daher für die Finanzverwaltung nur die eine Frage geben : Soll der gesamte verfügbare Betrag den Rücklagen zugeführt, oder ein Teil davon für die ausserordentliche Schuldentilgung verwendet werden ? Wenn die Entscheidung zu Gunsten einer ungefähr gleichmässigen Berücksichtigung der beiden Möglichkeiten fiel, so war dies dem Umstand zuzuschreiben, dass die innere Verschuldung der Stadt eine verhältnismässig hohe ist und die als Gläubiger fungierenden Fonds damit weitgehend der Möglichkeit ihres bestimmungsgemässen Einsatzes beraubt werden. Die Tilgung dieser inneren Anleihen bedeutet damit -wirtschaftlich gesehen- ebenfalls eine Rücklagenstärkung. Hinzu kommt, dass die Aufhebung der Konversionsrechnung für die Auslandsanleihe die Tilgung der noch vorhandenen Konversionsanleihen, die auch im Prüfungsbericht des Reichsinnenministeriums angeregt war, geboten ersatzlos lässt.

8

Die Abtragung weiterer Schulden an Fremdgläubiger erscheint in diesem Jahr nicht zweckmässig, nachdem bereits eine ausserordentliche Tilgung in Höhe von 211,281.477.-- K neben der allgemeinen Konversion zur Durchführung kam.

Im Zusammenhang damit möchte ich Ihnen noch einige Erklärungen zu der bereits in dem Vorbericht zum Haushaltsplan 1942 kurz erwähnten Konversionsanleihe der Stadt in Höhe von 1 Milliarde K geben :

Mit der von der Stadt im Sommer 1941 durchgeführten Zinssenkungsaktion wurden zwar die nicht mehr zeitgemässen Zinssätze für die Anleihen der Stadt beseitigt und eine Angleichung an die Sätze im übrigen Reich erzielt. Es verblieb jedoch eine ausserordentliche Zersplitterung der Schuldposten und die Gefahr, dass bei veränderten Verhältnissen am Geldmarkt, d. h. wenn wieder grössere Investitionsmöglichkeiten bestehen, diese seitens unserer Gläubiger kündbaren Anleihen, mindestens hinsichtlich der Zinssätze, wieder in Bewegung geraten könnten. Dieser Gefahr konnte nur durch eine Lösung der bisherigen Schuldverhältnisse im Wege der Emission einer Konversionsanleihe begegnet werden. Die Verhältnisse am Geld- und Kapitalmarkt waren für eine Konversion und den Start einer grossen eigenen Emission selten günstig.

Es wurde daher die Genehmigung zur Ausgabe einer 4 %igen Anleihe in Höhe von 1 Milliarde Kronen zu Konsolidations- und Konversionszwecken nachgesucht.

Die Höhe der Anleihe mit 1 Milliarde Kronen

8a

ergab sich aus der Summe der jetzt oder in den nächsten Jahren kündbaren und seitens der Stadt auch nach der Zinssenkung noch mit mehr als 4 % verzinslichen Schulden.

Der Zinsfuß von 4 % war der Satz, der sich im Laufe des Jahres 1941 für Kommunal- und Industrieobligationen als Standardsatz im Reich herausgebildet hatte und nach den von Reichsminister F u n k ausgegebenen Anweisungen über Zinsruhe auch eine Dauer geltung haben dürfte.

Das Umtauschangebot war zu pari vorgesehen. Gläubiger- und Schuldnerinteressen wurden dabei in einwandfreier Weise beachtet.


Als Laufzeit wurden 25 Jahre bestimmt, bei Tilgung in 25 gleichen Jahresraten im Wege der Serienauslösung.

Durch den Ausschluss einer vorzeitigen Kündigungsmöglichkeit seitens der Stadt bis zum Jahre 1947 wurde der Anleihe der Charakter einer Daueranlage gesichert und für den Erwerber ein weiterer Anreiz geschaffen.

Mit Erlass des Ministers für Wirtschaft und Arbeit vom 3. März 1942 wurde die Anleihe in der beantragten Form genehmigt.

Durch Regierungsverordnung vom 24. April 1942 wurde die Pupillarsicherheit ausgesprochen.

Ebenso wurde dem Antrag auf Gebührenfreiheit - es handelte sich dabei immerhin um einen Betrag von 10 Mill. K - von der Landesfinanzdirektion durch



Entscheidung vom 2. April 1942 stattgegeben.

Nach Vorliegen dieser Voraussetzungen wurde sofort an die weitere Ausführung gegangen. Von der Beauftragung einer Bankanstalt oder eines Bankenkonsortiums wurde im Hinblick auf die besonders gelagerten Verhältnisse und aus Ersparnisgründen abgesehen.

Bei der Höhe der Anleihe schien es zweckmässig, die Schuldverschreibungen in einer Form herauszubringen, die die Möglichkeit offen liess, ihre Zulassung später auch an auswärtigen Börsen zu beantragen. Es wurden daher die Zulassungsbedingungen der Berliner Börse, die in Bezug auf Ausstattung in verschiedenen Punkten wesentlich strenger sind als die hier geltenden, genau beachtet. Schwierigkeiten bereitete dabei die rechtzeitige Beschaffung eines gesetzlich geschützten Wasserzeichenpapiers, von dem 1.000 kg benötigt wurden. Es konnte in der Fa. S t i e p e l , Reichenberg, jedoch eine leistungsfähige sämtlichen Anforderungen genügende Firma gefunden werden. Der Druck wird in einigen Wochen beendet sein. Ueber die äussere Ausstattung der Schuldverschreibungen mögen Ihnen die hier vorliegenden Probedrucke Aufschluss geben.

Bei unseren Gläubigern stiess die Konversionsanleihe fast ausnahmslos auf das grösste Interesse. Vielfach wurde der Wunsch auf Uebernahme eines mehrfachen Betrages der Schuldsomme geäussert. Dieses Ansinnen musste jedoch in allen Fällen abge-

9a

lehnt werden, da es sich um eine ausgesprochene Konversionsanleihe handelt. In einer Anzahl von Fällen konnte sogar nur eine teilweise Zuteilung erfolgen, weil neben der Konversion bekanntlich die im ausserordentlichen Plan 1942 vorgesehene ausserordentliche Schuldentilgung einherging.

Nach Abschluss der im besten Einvernehmen mit unseren Gläubigern sich vollziehenden Verhandlungen hat der Herr Primator über die Zuteilung am 12. Juni 1942 entschieden.

Legt man einen Zinssatz von  $4 \frac{3}{8} \%$  als zukünftigen Normalsatz für Kommunalanleihen - wie er im Regierungsentwurf als Höchst- und Mindestsatz vorgesehen ist - zu Grunde, so ergibt sich durch diese Emission für die Stadt eine Zinersparnis von . . . . . 93,750.000.-- K.

Berücksichtigt man noch dem Umstand, dass die konvertierten Anleihen im vorhinein vorzinslich waren, wogegen die Konversionsanleihe im nachhinein verzinst wird, so erhöht sich der wirtschaftliche Erfolg um weitere . . . . . 6,655.000.-- K

auf insgesamt . . . . . 100,405.000.-- K.

Ebensowichtig wie diese Ersparnisse möchte ich jedoch die Konsolidation der Schulden der Stadt werten. Der weitaus grösste Teil aller kündbaren Verbindlichkeiten ist nun sowohl in der Zinshöhe als auch in der Rückzahlung stabilisiert. Es sind damit aber nicht nur etwaige Gefahrenquellen für die Zukunft beseitigt, sondern auch neue Möglich-



10

keiten erschlossen worden. Die grosse Nachfrage nach 4 %igen Anleihenwerten sichert den Schuldverschreibungen der Stadt einen Kurs über pari. Es darf mit 102 % gerechnet werden. Ein solcher Anfangskurs wird bei entsprechender Kurspflege in der Zukunft immer einen günstigen Boden für eine neue Emission bei künftigem Geldbedarf vorbereiten. Haben sich derartige Stadtanleihen einmal eingeführt, so hat sich die Stadt ein für allemal die besten Anleihenmöglichkeiten erschlossen.

Man könnte noch die Frage stellen, warum die Stadt diese Konversion nicht im Rahmen einer allgemeinen Kommunalanleihe durchgeführt hat. Es waren verschiedene Gründe, die dagegen sprachen. Zum ersten: Es hat sich gezeigt, dass in der Frage der Anleihenkonversion ebenso wie bei der Zinssenkung ein kräftiger Vorstoss von Schuldnerseite notwendig war, um sie vorwärts zu bringen. Zweitens schien es zweckmässig, die Finanzkraft der Stadt Prag selbständig zur Geltung zu bringen. Die Prager Stadtschuldverschreibungen werden sehr wahrscheinlich immer eine gute Beurteilung erfahren und damit indirekt auch zu einer besseren Bewertung der übrigen Kommunalanleihen beitragen. Drittens ist dieser Weg für die Stadt wesentlich billiger und kommt dem Ideal, der Stadt ein billiges Geld und dem an der Stadtverwaltung dadurch finanziell interessierten Bürger eine gute Anlagemöglichkeit mit angemessener Verzinsung unter Ausschaltung aller vermeidbaren Kosten zu ge-

10a

ben, am nächsten.

In die Konversion einbezogen wurden insgesamt 353 bisherige Anleihen mit den verschiedensten Schuldbedingungen, die damit ihre Erledigung finden. Die dadurch erzielte Geschäftsvereinfachung ist offensichtlich. Die Arbeiten, die ohne zusätzliche Arbeitskräfte zur Durchführung kommen, sind schon weit vorgetrieben und gelangen voraussichtlich Anfang November zum Anschluss.

Ich bitte, die getroffenen Massnahmen billigen zu wollen und stelle beim Herrn Primator und Herrn Primator-Stellvertreter den

A n t r a g :

den Nachtragsplan für das Jahr 1942 in der vorliegenden Form bei unveränderten Hebesätzen genehmigen zu wollen, nachdem in der vorgeschriebenen Frist für die Auflegung vom 1. - 14. Juli 1942 keine Einwendungen erhoben wurden.

*Aug. 11. Juli 42. H. Heine*



11505

Herr Primator, Herr Primator-Stellvertreter,

meine Herren !

Ich habe heute abermals die Ehre, Ihnen den Rechnungs -  
abschluß für das Wirtschaftsjahr 1941 vorzutragen und möchte gleich  
Eingangs erwähnen, daß der Rechnungsabschluß gegenüber dem Haus-  
haltsplan größere Darferenz auf der Ausgabenseite ausweist.

Der Haushaltsplan wurde - wie erinnerlich - im Laufe  
des Jahres durch einen Nachtrag ergänzt, wodurch den inzwischen  
in Erscheinung getretenen neuen Umständen Rechnung getragen wur-  
de. Die Notwendigkeit der Ergänzung wurde durch die nachfolgen-  
de Entwicklung der Lage bestätigt, denn es sind tatsächlich der  
Gemeinde manche neue Aufgaben erwachsen. Andererseits aber brach-  
ten es die Verhältnisse mit sich, daß manche Vorhaben aus kriegs -  
wirtschaftlichen Rücksichten, nicht zur Durchführung gelangen konn-  
ten und aufgeschoben werden mußten, womit allerdings bei Aufstel-  
lung des Haushaltsplanes nicht gerechnet werden konnte. Das Ergeb-  
nis ist, daß die Ausgaben, die mit einem Betrage  
von ..... K 915,714.681.--  
voranschlagt waren, tatsächlich nur die Höhe von " 825,090.664.63  
erreicht haben, so daß sie um ..... " 90,624.016.37  
niedriger sind.

Die Gesamteinnahmen waren im großen und ganzen günsti-  
ger, denn dieselben betragen insgesamt ..... K 935,718.072.94,  
während der Haushaltsplan nur mit ..... "916,423.595.--  
rechnete, so daß sie sich um ..... K 19,294.477.94  
günstiger stellen.

Ma

An der Gesamteinnahme, welche mit einem Betrage von K 935,718.072.94 ausgewiesen wurde, partizipieren die wichtigsten Einnahmszweige wie folgt:

Hausbesitze, Grundstücke, Großgrundbesitze und öffentliches Gut mit 8 % (im Jahre 1940 mit 9 % und 1939 mit 8 %)

die Unternehmungen mit 10.9 % (im Jahre 1940 mit 2.1 % und 1939 mit 2.2 %)

die Gemeindezuschläge mit 31.3 % (im Jahre 1940 mit 27 % und 1939 mit 23 %)

die Gemeindeabgaben mit 25 % (im Jahre 1940 mit 30 % und 1939 mit 34 %).

Die Hauszinssteuer, die der Hauptstadt Prag vom 1. Jänner 1941 am wiederum zugewiesen wird, macht 6.5 % der Gesamteinnahmen aus. In den Jahren 1939 und 1940 wurde diese Zuweisung der Gemeinde entzogen.

Auf Seite 139 des gedruckten Auszuges aus den Schlußrechnungen befindet sich die Errechnung des wirtschaftlichen Überschusses für das Jahr 1941 und daraus ergibt sich, daß unter Berücksichtigung der eben angeführten Gesamtausgaben und Einnahmen, sowie unter Berücksichtigung des vorgetragenen Überschusses aus dem Jahre 1940 und verschiedener Abschreibungen die gesamte Wirtschaftsgebahrung mit einem Überschuß von K 117,917.389.99 abschließt.

Wenn wir unsere Aufmerksamkeit den einzelnen Kapiteln des ordentlichen Voranschlags zuwenden, so bekommen wir folgende Übersicht:



12

Das Kapitel I - Zentralverwaltung - endet mit einem Abgange von ..... K 119,200.000.--, welcher gegenüber dem Voranschlage um K 10,400.000.-- geringer ist.

Das Kapitel II - Gemeindevermögen - endet mit einem Überschuß von ..... K 23,400.000.--, welcher gegenüber dem Voranschlage um K 5,300.000.-- geringer ist.

Das Kapitel III - Erwerbsunternehmen und Anstalten - endet mit einem Überschuß von ..... K 23,600.000.--, welcher gegenüber dem Voranschlage um K 14,700.000.-- größer ist.

Das Kapitel IV - Gemeindezuschläge und Abgaben - endet mit einem Erträgnis von ..... K 519,700.000.--, welches gegenüber dem Voranschlage um K 27,300.000.-- günstiger ist.

Das Kapitel V - Zuweisungen - endet mit einem Erträgnis von ..... K 65,300.000.--, welches um K 5,300.000.-- günstiger ist.

Das Kapitel VI - Sicherheit - endet mit einem Abgange von ..... K 43,500.000.--, welcher gegenüber dem Voranschlage um K 21,200.000.-- kleiner ist.

Das Kapitel VII - Gesundheitswesen - schließt mit einem Abgange von ..... K 45,300.000.--, welcher gegenüber dem Voranschlage um K 1,100.000.-- größer ist.

12a

Das Kapitel VIII - Verkehrswege - endet mit einem Abgange von ..... K 33,700.000.--, welcher gegenüber dem Voranschlage um K 4,000.000.-- größer ist.

Das Kapitel IX - Stadtreinigung und Verkehr - endet mit einem Abgang von ..... K 53,000.000.--, welcher gegenüber dem Voranschlage um K 2,200.000.-- geringer ist.

Das Kapitel X - Soziale-Fürsorge - endet mit einem Abgang von ..... K 84,600.000.--, welcher gegenüber dem Haushaltsplane um K 10,300.000.-- kleiner ist.

Das Kapitel XI - Schulwesen, Kunst, Wissenschaft, Nationale, Religions- und Kulturzwecke - endet mit einem Abgange von ..... K 52,100.000.--, welcher gegenüber dem Voranschlage rund nur um K 32.000.-- größer ist.

Das Kapitel XII - Schulden - endet mit einer Ausgabe von ..... K 175,600.000.--, welche gegenüber dem Voranschlage um K 12,000.000.-- kleiner ist.

Das Kapitel XIII - Sonstiges - endet mit einem Abgange von ..... K 10,000.000.--, welcher gegenüber dem Voranschlage um K 33,200.000.-- kleiner ist.

Was nun die einzelnen Kapitel anbetrifft, möchte ich noch folgendes bemerken.



23

Kapitel - I.

Dieser Abschnitt schließt mit einem Abgange  
von ..... K 119,217.680.46.

Die Gesamteinnahmen waren gegenüber dem Voranschlage  
um ..... K 1,888.273.15  
die Gesamtausgaben um ..... " 12,305.245.69  
kleiner.

Im Ganzen zeigt der Abschnitt I gegenüber dem Haushaltsplan ein um K 10,416.072.54 günstigeres Ergebnis. Der Hauptgrund des günstigeren Ergebnisses liegt in kleineren Ausgaben bei dem Posten B-a-1-6 Gehaltsregelung des Personals - wo der ursprüngliche Haushaltsplanposten durch den Nachtragshaushaltsplan um K 20,000.000.-- auf den Betrag von K 32,550.000.-- erhöht wurde.

Die vorgesehene Regelung wurde jedoch nicht durchgeführt und von diesem Posten wurde der Betrag von K 11,169.954.62 als Aushilfsposten, für die Deckung der persönlichen Bezüge des aktiven Personals verwendet, soweit diese sich höher stellten, als im Haushaltsplane gerechnet wurde. Andererseits werden allerdings auf den verschiedenen Spezialabschnitten bedeutende Überschreitungen des Personalaufwandes verrechnet. Der Posten - Ruhegenüsse - wurde um K 3,247.905.55 überschritten, da eine bedeutend größere Anzahl von Angestellten in den Ruhestand versetzt wurde, als bei der Aufstellung des Haushaltsplanes vorausgesetzt war. (1539 statt 1337) Als Folge davon verminderten sich allerdings andererseits auch die Einnahmen aus den Pensionsbeträgen.

13a

Die Errichtung neuer Ämter und deren Umsiedlung in neue geeignete Räume und Gebäude war mit höheren Ausgaben im Sachaufwand verbunden und zwar bei den Posten - Reparaturen und Herrichtungen - Einkauf von neuen Möbeln und Geräten und für die Einrichtung von neuen Fernsprechlinien, Einkauf von Hilfsmaschinen und Buchbinderarbeiten. Die nachträgliche Erhöhung des Haushaltsplans für Beheizung von K 1,100.000.-- auf K 1,700.000.-- hat sich als nötig erwiesen, da dieser ganze Betrag beinahe verbraucht wurde.

Da die Zahl der Räumlichkeiten sehr gewachsen ist, wurde auch der Posten für Beleuchtung, bei der keine nachträgliche Erhöhung eintrat, überschritten.

Der Aufwand für den Gemeinde-Anzeiger, bei dem die Zahl der Anzeigen zurückging und der Druck sich teurer gestaltetete, wurde um den Betrag von K 66.993.67 überschritten, so daß der Gemeinde-Anzeiger mit einem Fehlbetrag von K 34.048.-- abschließt. Dagegen ist bei der Drucklegung der Inventars die nicht im geplanten Umfange durchgeführt wurde, ein Ersparnis zu verzeichnen.

Eine bedeutende Ersparnis zeigt sich bei dem Posten Auslagen für Fremdenverkehr - da die programmgemäße Werbung und die Empfänge fremder Besuche und Abordnungen nur auf das allernotwendigste beschränkt worden sind. Durch die gelegentlich bei Feierlichkeiten vorgenommenen Ausschmückungen wurde der Posten Feierlichkeiten, Fahnen, Ausschmückungen um den Betrag von K 95.753.40 überschritten.



14

Subventionserhöhungen brachten eine Überschreitung des Postens - Subventionen, Spenden, Widmungen und Mitgliedsbeiträge - um K 513.022.30 mit sich. Für diese höheren Subventionen hat die Prager Städtische Versicherungsanstalt der Gemeinde mit einem Betrage von K 300.000.-- beigesteuert.

Die bei dem Posten - Wahlen - ausgewiesenen Einnahmen von K 154.504.35 stellen weitere nachträgliche Vergütungen für die Vervielfältigung der Kandidatenlisten bei den letzten Gemeindewahlen aus dem Jahre 1938 dar.

Die Spende der Prager Städtischen Versicherungsanstalt in der Höhe von K 300.000.--, als Beitrag für Subventionen - ist als eine gegenüber dem Haushaltsplane höhere Einnahme ausgewiesen.

Der Gesamtpersonalaufwand betrug im Jahre 1941 K 348,741.629.--, was in Prozenten ausgedrückt, einen Aufwand von 42,26 % der Gesamtausgaben erforderte.

Davon entfallen:

auf das aktive Personal:

Gehälter: K 120,502.039.-- d.i. 17.60 % der Gesamtausgabe,  
Löhne: " 152,887.813.-- d.i. 18.53 % der Gesamtausgabe  
K 273,389.852.-- d.i. 33.13 % der Gesamtausgabe

auf Ruheständler:

K 75,351.777.-- d.i. 9.13 % der Gesamtausgabe  
zusammen " 348,741.629.-- d.i. 42.26 % der Gesamtausgabe.

14a

Kapitel II - Gemeindevermögen

weist einen um ..... K 5,342.804.59  
niedrigeren Überschuß aus, denn der Haushaltsplan rechnete mit  
einem Überschuß von ..... K 28,763.361.--,  
wogegen der tatsächliche Überschuß bloß ..... " 23,420.656.41  
beträgt. Die Einnahmen waren nämlich um ..... " 1,374.848.80  
niedriger und die Ausgaben um ..... " 3,967.955.79  
höher.

Im einzelnen wäre anzuführen.

Der Ertrag der auf diesem Abschnitt verechneten Kapi-  
talien ist etwas niedriger. Es wurden zwar im Laufe des Jahres  
größere Barschaften bei den Geldanstalten angelegt, so daß auch  
der Zinsertrag größer war, dagegen aber war der Ertrag der Schuld-  
verschreibungen und Aktien kleiner.

Der Ertrag der Gebäude entspricht im ganzen den Voran-  
schlagsvoraussetzungen.

Die bei den öffentlichen und Amtsgebäuden ausgewiesenen  
größeren Einnahmen haben im wesentlichen bloß buchhalterischen  
Charakter, da sich darunter auch die Zuschüsse aus dem Kapitel  
XIII zum Aufwand auf die Durchführung von Herstellungs- und Instand-  
haltungsarbeiten befinden. Die Ausgaben waren wesentlich niedriger,  
da manche weniger dringliche Herrichtungsarbeiten verschoben wurden.

Die zur Milderung der Wohnungsnot errichteten Zinshäuser  
können gegenüber dem erwarteten Ertrag von ... K 17,781.030.--  
bloß ..... " 16,515.647.--  
ausweisen, daher um ..... K 1,265.383.--  
weniger.



75

Dies ist unter anderen darauf zurückzuführen, daß der 1½ige Protektoratsbeitrag zur Verzinsung der Hypothekendarlehen noch nicht zur Auszahlung gelangt war.

Die Ausgaben sind etwas niedriger als erwartet und der Vergleich der tatsächlichen Einnahmen von ..... K 16,515.647.-- mit der tatsächlichen Ausgaben von ..... " 16,544.861.-- ergibt einen kleinen Abgang von ..... K 29.214.--.

Die sonstigen Zinshäuser, die nach dem Voranschlage mit einem "Überschuß von ..... K 881.090.-- gerechnet hatten, weisen als "Überschuß den Betrag von ..... K 1,047.330.-- aus, worin jedoch auch Zuschüsse aus dem Kapitel XIII für Reparaturen enthalten sind.

Aus den Erträgen der Stiftungs- und Fondshäuser konnte an die betreffenden Stiftungen und Fonds etwas weniger abgeführt werden, nämlich statt K 927.400.-- bloß K 894.939.94.

Die Rückstände an Mietzins und anderen Einnahmen weisen folgende Bewegung auf:

	Ende des Jahres		
	<u>1939</u>	<u>1940</u>	<u>1941</u>
die öffentlichen und Amtsgebäude	558.560.--	712.681.--	1,912.143.--
die zur Milderung der Wohnungsnot			
errichteten Zinshäuser .....	1,582.621.--	1,331.080.--	935.459.--
die sonstigen Zinshäuser .....	1,042.782.--	522.110.--	600.502.--
die Stiftungs- und Fondshäuser..	341.943.--	445.917.--	375.309.--

15a

Daraus ergibt sich, daß die Rückstände bei den zur Milde-  
 rung der Wohnungsnot errichteten Zinshäusern, sowie den Stiftungs-  
 und Fondshäusern wesentlich gesunken ist. Die auffallend hohen,  
 bei den öffentlichen Gebäuden ausgewiesenen Rückstände haben einen  
 bloß rechnungsmäßigen Charakter, da in denselben teils die nur  
 vorgeschriebenen, aber noch nicht buchmäßig durchgeführten Vergü-  
 tungen aus der Reserve und dem Kapitel XIII im Betrage  
 von ..... K 1,404.000.--,  
 teils auch nicht durchgeführte Steuergutschrei-  
 bungen und sonstige Ersätze im Betrage von ... " 432.697.--  
 zusammen ..... K 1,836.697.--  
 enthalten sind.

Nach Abzug dieses Betrages verbleibt als tatsächlicher  
 Mietzinsrückstand bloß der Betrag von ..... K 75.445.--.  
 Darunter befindet sich auch der erst im Jahre 1941 vorgeschriebe-  
 ne Mietzins für die vom Arbeitsamte seit dem Jahre 1939 benützten  
 Räumlichkeiten im Betrage von K 25.197.--.

Desgleichen ist auch bei den sonstigen Zinshäusern aus den  
 im Rechnungsabchluß ausgewiesenen Rückstände die aus dem Kapitel  
 XIII durchzuführende Vergütung im Betrage von K 202.000.--  
 und die noch durchzuführenden Steuergutschrei-  
 bungen und sonstigen Ersätze im Betrage von .. " 9.522.--  
 zusammen ..... K 211.522.--

auszuscheiden, so daß die tatsächlichen Rückstände  
 bloß ..... K 388.979.--,  
 daher weniger als im Jahre 1940 betragen.



16

An Mietzins wurde aus verschiedenen Gründen im Jahre 1941  
insgesamt ..... K 186.080.--

abgeschrieben, wovon auf die einzelnen Gruppen entfällt:

a/ auf die öffentlichen und Amtsgebäude ..... K 20.980.--,  
worin auch ein Betrag von K 19.372.-- enthalten ist, der als  
Schuld der Protektoratsverwaltung für die Benützung der Räum-  
lichkeiten im Rathaus in Prag - X für Zwecke des Bezirksamtes  
in den Jahren 1931 - 1936 aus der Vorschreibung zwar ausgelas-  
sen wurde, jedoch auch weiterhin in Evidenz geführt wird.

b/ auf die zur Milderung der Wohnungsnot errichteten Zinshäuser  
der Betrag von ..... K 67.336.--,  
wovon allerdings ein beträchtlicher Teil den  
bereits im Jahre 1940 im voraus bezahlten  
Mietzins darstellt.

c/ auf die sonstigen Zinshäuser der Betrag von K 81.593.--;  
darin ist auch der Zinsnachlaß aus dem Gemeindehause in Kgl.  
Weinberge von K 51.360.-- und eine Schuld des Protektorats  
für die Benützung von Räumlichkeiten in Smichow, die auch wei-  
terhin in Evidenz geführt wird, im Betrage von K 36.370.--  
inbegriffen.

d/ auf die Stiftungs- und Fondshäuser ..... K 16.171.--.

Der Großgrundbesitz weist folgendes Ergebnis aus:

Einnahmen .....	K 1,916.329.30
Ausgaben .....	" <u>2,263.352.75</u>
Abgang .....	K 347.023.45.

16a

Dies ist gegenüber dem Haushaltsplane, der mit einem Abgang von ..... K 463.500.-- rechnet, scheinbar zwar günstiger, es muß jedoch bemerkt werden, daß unter einzelnen Einnahmen sich auch der von der Städtischen Versicherungsanstalt ausgezahlte Schadenersatz für eine niedergebrannte Scheune von K 123.000.-- befindet, während der Aufwand auf die Wiederherstellung derselben im Rahmen des voranschlagten Ausgabenbetrages gedeckt werden konnte.

An dem angeführten Endergebnisse sind die einzelnen Güter folgendermaßen beteiligt:

	<u>Reinertrag:</u>	<u>Abgang:</u>
Motol .....	K 232.575.--	
Ober Reuth .....	" 46.366.--	
Ninonitz .....		K 30.292.--
Radlitz .....	" 34.078.--	
Unter-Potschernitz .....		" 227.356.--
Zwiebelgut .....		" 39.628.--
Keeg .....		" 157.829.--
Kunratitz .....		" 7.891.--
Satalitz .....	" 19.361.--	
Suchdol .....		" 216.377.--
zusammen Erträgnisse .....	K 332.380.--	K 679.403.--
Abgänge .....	" 679.403.--	
Gesamtabgang .....	K 347.023.--	



17

Kapitel III - Erwerbsunternehmungen und Anstalten

hatte gegenüber dem Voranschlage eine um .... K 3,379.466.39  
 kleinere Ausgabe aber eine um ..... " 11.298.522.54  
 größere Einnahme, so daß es im ganzen um .... K 14,677.988.93  
 günstiger ist.

Wenn man die ganze Einnahme dieses Kapitels  
 von ..... K 101,646.320.54  
 mit der Ausgabe von ..... " 78.064.786.61  
 vergleich geht hervor, daß es im ganzen mit . K 23,581.533.93  
 aktiv ist.

Auf diesem Kapitel wurden - die Gemeindewasserwerke  
 ausgenommen - nur die Überschüsse beziehungsweise die Abgänge  
 der Gemeindeunternehmungen und Anstalten verrechnet.

Zu den einzelnen Unternehmungen und Anstalten möchte  
 ich folgendes anführen:

17a

Die Bilanz der Elektrizitätsunternehmungen d.i.:

- 1) das Elektrizitätswerk (mit dem Installationsbetriebe und den Heilbädern)
  - 2) die elektr. Straßenbahnen (mit den Oberleitungsmotobussen und der Drahtseilbahn)
  - 3) die Kraftomnibusse
- weisen zusammen einen Reingewinn von ..... K 17,240.605.82 aus, welcher gegenüber dem für das Jahr 1940 erzielten Ergebnisse um ..... K 3,718.794.20 günstiger ist.

Der Grund dafür ist: die Anzahlsteigerung der beförderten Personen sowohl auf den Straßenbahnen, als auch auf den Autobussen und Obussen, sowie die allgemeine Tarifierhöhung. Der Betrieb der Autobusse wurde zwar eingeschränkt, trotzdem aber hat sich die Anzahl der beförderten Personen bei den erhöhten Sätzen vergrößert, so daß sich der Abgang des Autobusverkehrs vermindert hat.

Die Teilbilanzen weisen folgende Ergebnisse aus:

- 1) die Elektrizitätswerke, der Installationsbetrieb, die Heilbäder.
  - a/ Die Elektrizitätswerke haben einen Überschuß von K 10,212.953.95. Nachdem jedoch der Gewinn für das Jahr 1940 mit der Summe von ..... K 12,010.479.24 ausgewiesen wurde, ist das Ergebnis um ..... " 1,797.525.29 ungünstiger.



78

Aus dem Angeführten könnte man auf einen Rückgang des Stromabsatzes schließen, was aber nicht der Fall ist. Im Gegenteil, die Einnahme der Elektrizitätswerke für elektr. Energie ist um K 35,656.773.10 gestiegen, weil die Abnahme um 40,8 Mill. KW größer geworden ist. Auch für den Dampf wurde ein Mehrerlös von K 1,570.559.02 erzielt, weil die Konsumenten gegenüber dem Vorjahre auch an Dampf um 23.9 Mill. kg mehr bezogen haben.

Die Ausgaben der Elektrizitätswerke für das Jahr 1941 sind gegenüber dem Jahre 1940 um K 32,427.039.83 größer, weil durch die Gehaltsregelung der Personalaufwand, aber auch die Sachaufwände, bei einer größeren Erzeugung, infolge der Einkaufspreissteigerung eine Erhöhung aufweisen. Es ist auch zu berücksichtigen, daß in der Bilanz des Elektrizitätswerkes zum erstenmale auch die Müllverbrennungsanlage inbegriffen ist, welche die Elektrizitätswerke vom 1. Jänner 1941 auch mit den, auf ihr haftenden Anleihen in ihren Betrieb übernahmen, weshalb die gezahlten Passivzinsen größer sind. Dagegen sind die Investitionsabschreibungen mit Rücksicht auf die schon durchgeführten Abschreibungen um K 3,865.000.-- gesunken. Wesentlich mehr wurde für die Dotation an den Pensionsfonds der elektr. Straßenbahnen und zwar um K 4,200.000.--, an den Investitionsfonds um K 850.000.-- und den Fonds für soziale Pflege um K 1,500.000.-- ausgegeben.

b/ Der Installationsbetrieb endet mit einem Abgange von K 126.990.53, während für das Jahr 1940 ein Gewinn von K 14,723.40 ausgewiesen wurde. Das Ergebnis des Jahres 1941

18a

überrascht nicht, weil die Anzahl der durchgeführten Installationen, infolge der beschränkten Baubewegung, stark gesunken ist. Ebenso ist auch die Einnahme in den Verkaufsstellen der elektr. Beleuchtungs- und Verbrauchsapparate infolge des vorübergehenden Materialmangels gesunken. Fast dem Einnahmerückgang entsprechend, weist sich im ganzen auch der Ausgabenrückgang aus. Die Bilanzergebnisse des Installationsbetriebes waren nie besonders günstig, weil diese Unternehmungsabteilung eher ein Propagandamusterlager der technisch tadellosen Einrichtungen ist, als eine Erwerbsabteilung.

c/ Die Heilbäder haben ein aktives Bilanzergebnis für das Jahr 1941 mit dem Betrage von ..... K 1.395.61 was gegenüber dem Jahre 1940 um ..... " 537.04 niedriger ist.

Die Heilbäder sind eine Gesundheitseinrichtung, die in großem Maße von den Angestellten der El.-U. benützt wird und deshalb sind die Vergütungen für die Heilgewährung derart kalkuliert, daß nur die wirklichen Ausgaben gedeckt werden.

Es sind also die Bilanzergebnisse für das Jahr 1941 folgende:

- a/ die Elektrizitätswerke Gewinn von ..... K 10,212.953.95
- b/ der Installationsbetrieb Abgang von ..... " 126.990.53
- c/ die Heilbäder Gewinn von ..... " 1.395.61

so daß der Reingewinn der Elektrizitätswerke, den Installationsbetrieb und die Heilbäder inbegriffen, zusammen ..... K 10,087.359.03 ausmacht.



1./ Die elektr. Straßenbahnen, einschließlich der Oberleitungsomnibusse und der Drahtseilbahn, weisen einen reinen Überschuß von K 7,510.170.23 aus, der um K 510.688.36 größer als der Gewinn des Jahres 1940 ist. Fast bei keinem der Einnahmeposten erscheint gegenüber dem Vorjahre ein Rückgang, im Gegenteil, die Hauptquelle aus der Straßenbahnbeförderung weist, deshalb eine Steigerung aus, weil einerseits die Anzahl der beförderten Personen ziemlich gestiegen ist (von den beförderten 329,000.000 Personen im Jahre 1940 auf 381,000.000 Personen) und andererseits deshalb, weil es im April 1941 zur Erhöhung der Fahrtarife gekommen ist. Auch die Einnahme aus der Oberleitungsomnibusbeförderung und aus der Drahtseilbahn ist infolge der Frequenzsteigerung gestiegen. Eine offensichtliche Folge der ungewöhnlichen Frequenzerhöhung ist die Steigerung der Betriebskosten und zwar der Personen- und Sachkosten. Dagegen erscheint ein bedeutender Rückgang auf dem Posten der Investitionsabschreibungen, weil diese, infolge der schon durchgeführten Abschreibungen, bereits gesunken sind und die im Jahre 1941 beendigten Investitionen, aus welchen laut Regierungsverordnung vom 16/11 1939 Nr. 7 Slg. vom J. 1940 außerordentliche Abschreibungen durchgeführt werden konnten, gering waren. Trotzdem die Beförderungseinnahme aus dem Oberleitungsomnibussen und der Drahtseilbahn, wie schon angeführt wurde, gestiegen ist, sind die Endergebnisse dieser beiden Verkehrsabschnitte passiv, weil der Frequenz entsprechend auch die Ausgaben gestiegen sind. Bei diesen beiden Abschnitten, die nur eine Ergänzung des normalen elektr. Straßenbahnenverkehrs bedeuten, sind allerdings keine aktiven Ergebnisse zu erwarten.

19a

3./ Die Kraftomnibusbeförderung endet mit einem Abgange von K 356.923.44, der aber gegenüber dem Jahre 1940 um K 5,147.882.10 niedriger ist. Die Aufklärung dieses, gewiß günstigen Ergebnisses finden wir darin, daß die Einnahmen gegenüber dem Jahre 1940 durch eine ziemlich große Frequenzsteigerung und durch die Erhöhung der Preistarife auch bei ziemlich beschränkten Betriebe und der Aufhebung einiger Linien, gestiegen sind. Gegenüber den Vorjahren ist es möglich, das Endergebnis des Jahres 1941 als außerordentlich günstig anzusehen. Die endgültigen Bilanzergebnisse der Elektrizitätsunternehmungen sind folgende:

- 1) Elektrizitätswerke, Installationsbetrieb, Heilbäder  
" Überschuß von ..... K 10,087.359.03
- 2) Elektr. Straßenbahnen mit Oberleitungsomni-  
bussen und Drahtseilbahn ..... " 7,510.170.23  
K 17,597.529.26
- 3) Kraftomnibusbeförderung Abgang ..... " 356.923.44  
so daß der endgültige Reingewinn beträgt K 17,240.605.82.

An die Gemeinde haben die El. Unternehmungen im ganzen folgende Beträge abgeführt:



11514

	<u>1938</u>	<u>1939</u>	<u>1940</u>	<u>1941</u>
Vergütung für Pflasterinstandhaltung	3,500.000.--	3,500.000.--	5,000.000.--	5,000.000.--
Für die Benützung des öffentl. Gutes	28,600,003.75	12,000.000.--	22,000.000.--	22,000.000.--
Für die Arbeiten in der Zentrale ..	4,000,000.--	2,000.000.--	3,000.000.--	3,000.000.--
Brückengeld von Kraftwagen und Kraftfahrzeugen, Pflastergeld von Autobussen .....	1,033.000.--	1,033.000.--	1,033.000.--	1,033.000.--
Sonderarbeiten bei Pflastererneuerungen	--	--	--	2,000.000.--
Für Arbeiten und Leistungen während der Schneekalamität	--	--	--	4,000.000.--
für die Durchführung des Luftschutzdienstes .....	--	--	--	4,000.000.--
Personalaufwand der Bediensteten in den Verpflegungskommissionen .....	--	--	--	5,194.244.85
Verlust der öffentl. Beleuchtung .....	9,754.404.30	8,759.108.51	5,608.467.45	3,785.636.14

20a

1938                      1939                      1940                      1941

Nicht ersetzte

Zinsen aus dem

Darlehen nach

dem Stande vom

1/1 1940

K 36,075.688.70            --                      --                      1,599.170.40            --

Gewinn für das

Jahr ..... 13,518.747.41 13,012.989.06 13,521.811.62 17,240.605.81

zusammen ..... 60,406.155.46 40,305.097.57 51,762.449.47 67,253.486.81

weilers an Be-

leuchtungsabga-

be ..... 3,933.963.-- 3,861.302.60 3,630.731.35 4,055.597.90

an Verkehrsabga-

be ..... 22,689.374.80 24,451.272.60 29,044.155.60 39,609.462.60

im Ganzen ..... 87,029.493.26 68,617.672.77 84,437.336.42 110,918.547.31

In den Ausgaben sind folgende Zuteilungen und Spenden

vorgeschlagen:

Dotierungen der Reserven:

für Erneuerung der durch außerordentliche Belastung abge-

nützten Betriebseinrichtungen ..... K 12,000.000.--

für besondere Erwerbsteuer für das Steuerjahr 1942 ..... " 3,400.000.--



Zuteilungen an eigene Fonds:

Investitionsfonds lt. Reg. Verordn. Slg. Nr. 7/1940 K	11,320.000.--
Baufonds der el. Straßenbahnen .....	" 20,400.000.--
3 1/2 % Zinsen dem Baufonds u. dem Fonds für Maschi- nenaustausch .....	" 1,449.401.40

Pensions- u. soziale Fonds:

Pensionsfonds der el. Straßenbahnen .....	" 16,500.000.--
Fonds für Kindererholung .....	" 300.000.--
Mölzer's Fonds .....	" 250.000.--
Versorgungsfonds .....	" <u>3,000.000.--</u>
Summe I .....	<u>K 68,619.401.40</u>

Verschiedene Vergütungen und Spenden:

Vergütung des Defizites der Betriebskrankenversiche- rungsanstalt .....	K 1,700.000.--
Beförderungstaxen und Nebengüsvorschüsse .....	" 232.776.40
An den Sportklub der Angestellten der EU .....	" 50.000.--
An die Soz. Kommission der Angestellten <sup>der</sup> /el. Straßen- bahnen, Autobusse und El. Werke .....	" 125.000.--
An das Deutsche Rote Kreuz .....	" 150.000.--
An die Deutsche Berufsschule d. Hauptstadt Prag ....	" 20.000.--
(Prag-I, Kohlenmarkt 4)	
An die Betriebsgemeindeschafft der deutschen Angestell- ten der Hauptstadt Prag .....	" 10.000.--
An den Verein Zoologischer Garten .....	" 10.000.--
An die NS Turngemeinde Prag .....	" 15.000.--

21a

-22-

An das Technische Museum in Prag .....	K	20.000.--
An die Rettungsstation für die Hauptstadt Prag "	"	43.000.--
An die Kreisleitung der NSDAP Prag (für den Dispo- sitionsfonds) .....	"	15.000.--
An den NS Reichskriegerbund Prag .....	"	6.000.--
An die NS Kriegsopferversorgung Prag .....	"	4.000.--
An den Technischen Kriegerbund Prag .....	"	<u>5.000.--</u>
Sume II ....	K	<u>2.405.776.40</u>
zusammen I-II	"	<u><u>71.025.177.80</u></u>



11516

22

Das Prager Gemeinde Gaswerk

weist für das Jahr 1941 einen Reingewinn im Betrage  
von ..... K 1,368.847.77  
aus, welcher gegenüber dem Jahre 1940 um ..... " 534.590.44  
kleiner und gegenüber dem Voranschlage für das  
Jahr 1941 um ..... " 1,318.846.77  
größer ist.

Die Gaserzeugung für das Jahr 1941 stieg um etwa 11,000.000  
m<sup>3</sup>.

Das günstigere Ergebnis auf der Einnahmeseite wird jedoch  
durch die allgemeine Steigerung der Regie aufgewogen und zwar:  
durch die Erhöhung der Abschreibungen um mehr als K 3,000.000.--,  
da das Inventar um K 33,000.000.-- vermehrt wurde, ferner durch  
die Erhöhung der Gebühren für die Benützung des öffentlichen Gu -  
tes und für die vom L.S. für das Gaswerk ausgeführten Arbeiten  
auf K 7,000.000.--, endlich wurde der Abgang des Pensionsfonds  
der Bediensteten in der Höhe von K 1,760.768.--, der dadurch  
entstand, daß nach dem Gesetze den Ruheständlern die Teuerungs -  
aushilfe gewährt werden mußte, ersetzt.

Die Pauschalvergütung von der Gemeinde Prag für die öffent -  
liche Beleuchtung und deren Regie sich gegenüber dem Voranschlage  
um K 1,500.000.-- niedriger.

Der ausgewiesene Gewinn wird nicht an die Gemeinde abge -  
führt, sondern er wird wie folgt verwendet:

11a

-24-

Die Dotation für den Titérafond .....	K	50.000.--
Die Dotation für den Pensionsfonds der Bediensteten .....	"	568.846.47
Spenden für wohltätige Zwecke .....	"	100.000.--

Dieser Betrag von K 100.000.-- wird wie folgt verteilt:

Deutsches Rotes Kreuz .....	K	50.000.--
České srdce .....	"	25.000.--
Bezirksjugendfürsorge der Hauptstadt Prag ...	"	8.000.--
Liga zur Bekämpfung der Tuberkulose .....	"	8.000.--
Národní odborová ústředna zaměstnanecká "Učňovský domov" .....	"	5.000.--
Genossenschaft Zoologischer Garten, Troja ...	"	4.000.--



115

Wasserwerke.

Die Gesamtausgaben für die Wasserwerke waren gegenüber dem Haushaltsplane um ..... K 2,259.375.52 kleiner und die Gesamteinnahme um ..... " 1,531.402.38 größer, so daß da Ergebnis der Wasserwerke gegenüber dem Haushaltsplane um ..... " 3,790.777.90 günstiger ist. Der Haushaltsplan rechnete mit einem Abgang von ..... " 20,347.239.-- das tatsächliche Ergebnis zeigt jedoch einen Abgang von ..... " 16,556.471.10.

Die bedeutende Verringerung der Ausgaben wurde durch die allgemeine Beschränkung der Arbeiten der Wasserwerke beim Legen von neuen Wasserrohrleitungen und Hausanschlüssen und die ungleichen, nicht rechtzeitig eingelangten Rechnungen für elektr. Energie hervorgerufen.

Geringere Ausgaben entstanden auch dadurch, daß eine Reihe von geplanten Arbeiten unterblieb. Als eine Folge der Beschränkung der Bautätigkeiten wurden bei der Errichtung von Hausanschlüssen bedeutend weniger Arbeiten durchgeführt. Es wurden auch nicht so viel Brunnen errichtet, als vorausgesetzt wurde. <sup>ist</sup> Schließlich/auch die Herabsetzung des Zinsfußes der Anleihen den Wasserwerken - wie allerdings der ganzen Gemeinde-Wirtschaft - zugute gekommen und aus diesem Titel ergab sich ein Rückgang der allgemeinen Unkosten um K 1,160.000.--.

23a

Demgegenüber trat bei den auf die Personalaufwendungen und Kanzleieinrichtungen Bezug habenden Posten eine beträchtliche Erhöhung ein, die außer den verschiedenen Gehaltsregelungen auch dadurch hervorgerufen wurde, daß der Personalstand eine Erhöhung erfuhr und daß infolge der Reorganisierung der Wasserwerke Kanzleiräume für das Wasserwerksreferat und das Wasserwerksamt eingerichtet und hergerichtet wurden.

An besonderem Wasserzins wurde im Haushaltsplan mit Einnahmen von ..... K 45,000.000.-- gerechnet, die tatsächlichen Einnahmen betragen jedoch ..... K 50,045.409.55 so daß sich Mehreinnahmen von ..... K 5,045.000.-- ergeben.

Es muß allerdings auch noch berücksichtigt werden, daß in der am Kapitel "Gemeinde-Abgaben" verrechneten Mietzinsabgabe auch der allgemeine Wasserzins als ein Teil dieser Abgabe inbegriffen ist. Mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Mietzinsabgabensätze kann die genaue Höhe dieses allgemeinen Wasserzinses nicht festgestellt werden, wird jedoch als Grundlage angenommen, daß bei der Mietzinsabgabe durchschnittlich 22 1/2 % auf den allgemeinen Wasserzins entfallen, so würden aus dem Ertrage dieser Abgabe rund K 20,700.000.-- auf den allgemeinen Wasserzins entfallen, so daß sich der auf dem Wasserwerkskonto ausgewiesene Gesamtabgang in einen Ertrag von rund K 4,200.000.-- ändern würde.

  
11513

24

Die ansteigende Tendenz des Ertrages des besonderen Wasserzinses - eine natürliche Folge des Anwachsens der Stadt - geht überdies aus der Übersicht der Erträgnisse aller Gemeindeabgaben, deren beim Kapitel IV Erwägung getan wird, hervor.

Bei der Genehmigung des Jahresabschlusses für das vergangene Jahr hatte ich bereits auf den Stand der Rückstände an besonderem Wasserzins aufmerksam gemacht.

Ich kann konstatieren, daß diese Rückstände im Jahre 1941 noch weiter zurückgegangen sind. Sie betragen am Ende des Jahres

1938 .....	K	4,400.000.--
1939 .....	"	6,000.000.--
1940 .....	"	5,200.000.--
1941 .....	"	3,600.000.--

24a

Zentralschlachthof und Viehmarkt in Prag-VII.

Die Gebahrung des Zentralschlachthofes, des Viehmarktes und der Fleischmarkthallen endet mit einem Abgang von ..... K 2,308.431.03, welcher im Vergleich mit dem Jahre 1940 um ... " 1,613.555.70 niedriger und im Vergleich mit dem Haushaltsvoranschlag 1941 (Abgang K 3,881.528.--) um ..... K 1,573.096.97 niedriger ist.

Es ist anzuführen, daß im Jahre 1941 die Gemeinde die Veterinärbeschauggebühren die nunmehr der Protektoratskasse zufallen, verloren hat, sie bekommt jedoch, da sie dieselben auch weiter durch ihr Personal einhebt, teilweisen Ersatz des entsprechenden Personal- und Sachaufwandes. Die vom 1. VII. 1941 an bewilligte Erhöhung der Schlacht- und Fleischmarktgebühren in Verbindung mit dem größeren Zutrieb von Vieh hatte eine bedeutende Steigerung dieses Gebührenertrages zur Folge. Auch die übrigen Gebühren - die Pferdmarktgebühren ausgenommen - weisen eine erfreuliche Steigerung auf.

Die Altstädter Markthalle

weist im Jahre 1941 einen Gesamtabgang von .... K 814.843.52 aus, der gegenüber dem Voranschlag um ..... " 206.552.52 und gegenüber dem Abgang vom J. 1940 um ..... " 200.818.84 größer ist.



11519

25

Der Abgang wurde in der Einnahme hauptsächlich durch den Rückgang der Stände- (besonders aus den täglichen Ständen) und Kühlanlagegebühren und in der Ausgabe durch die Erhöhung der Personal- und auch der Erhaltungsaufwände auf Grund der Preis-erhöhung verursacht.

Die Lebensmittelmarkthalle in Veitsberg.

Gegenüber dem vorausgesetzten Abgange erscheint der Abgang von .....	K	416.819.45
für 1941 um .....	"	11.106.55
kleiner und gegenüber dem Abgange aus dem Jahre 1940 um .....	"	24.052.90

größer. Der Grund dieser Erhöhung ergibt sich einerseits durch die Steigerung der Personalaufwände, andererseits dadurch, daß der Verkauf von verschiedenen Warengattungen auf dem freien Markte nicht mehr möglich ist und der Gebührenertrag sinkt. Diese Anstalt weist übrigen einen dauernden Abgang aus, weil die Annuität aus der für Errichtung dieser Markthalle aufgenommenen Anleihe, wie es schon des öfteren betont wurde, durch ihre Höhe den Gebührenertrag weit übersteigt.

Die Lebensmittelmarkthalle in Kgl. Weinberge.

Der Abgang für d. J. 1941 in der Höhe von .....	K	450.963.93
ist gegenüber dem vorausgesetzten um .....	"	36.230.07
kleiner und gegenüber dem J. 1940 um .....	"	277.088.33

größer.

25a

Außer den Gründen, die auch bei den anderen Markthallen erscheinen, ist der Grund des Abganges auch der Umstand, daß erst im Jahre 1941 nachträglich (infolge einer verspäteten Vorlage) die Wasserrechnungen für zwei Jahre bezahlt wurden (deshalb war das Jahr 1940 nur scheinbar günstiger).

In der Lebensmittelmarkthalle in Smichow

wurde im Jahre 1941 ein Abgang in der Höhe von K 372.861.55 ausgewiesen, der gegenüber dem Voranschlage um " 102.720.55 und gegenüber dem Jahre 1940 um ..... " 73.526.82 größer ist.

Der Grund dieser Steigerung des Abganges ist - außer anderem - auch die Durchführung von verschiedenen nötigen Her-richtungen.

Die offenen Märkte in Prag I - XIX

weisen im ganzen für das Jahr 1941 einen Überschuß in der Höhe von ..... K 537.662.88 aus, der gegenüber dem vorausgesetzten um ..... " 598.200.12 und gegenüber dem Jahre 1940 um ..... " 410.373.41 kleiner ist.

Der Grund darin besteht hauptsächlich in dem Rückgange des Gebührenertrages, weil infolge der Warenknappheit die Anzahl der Standinhaber sinkt.



11520

26

Die Stadtwaagen in Prag I - XIX

schließen das Jahr 1941 mit einem Gesamtabgange von K 199.939.43,  
der gegenüber dem Voranschlage um ..... " 139.764.43  
und gegenüber dem Jahre 1940 um ..... " 81.218.84  
größer ist. Die geringe Prosperität wird durch einen bedeutenden  
Rückgang der gewogenen Kohlenlieferungen verursacht. Die Waagen  
in Dewitz und in Hostiwar wurden wegen Unbrauchbarkeit und selte-  
ner Benützung aufgehoben.

Die Gemeindeflußbewirtschaftung

beendet das Jahr 1941 mit einem Abgange von ..... K 791.953.50,  
welcher gegenüber dem Voranschlage um ..... " 194.656.50  
größer ist. Im Jahre 1940 wies diese Unternehmung einen Überschuß  
von ..... K 74.884.--  
aus.

Der Grund des Abganges besteht hauptsächlich darin, daß  
die Gewinnung das vorausgesetzte Ausmaß nicht erreicht hat. Gegen-  
über dem Jahre 1940, in dem 118.000 m<sup>3</sup> Sand gefördert wurden, sank  
die Förderung im Jahre 1941 auf 72.044.5 m<sup>3</sup> (also um 39 % weniger)  
und dadurch ist auch der Erlös für den verkauften Sand um  
K 1,300.000.-- gesunken. Der kleinere Sandabsatz entstand haupt-  
sächlich durch die angeordnete Baueinstellung weiter auch dadurch,  
daß es infolge der schlechten Witterungsverhältnisse zu einer ver-  
späteten Eröffnung und vorzeitigen Beendigung der Bausaison kam.

26a

Dem Gesuch um Bewilligung der Sandpreiserhöhung infolge der Preissteigerung der Materialien und der Personalauslagen wurde in dem Bilanzjahre nicht stattgegeben (erst im Jahre 1942 ist ihre Erhöhung gelungen).

Die Leichenbestattungsanstalt.

Der im Jahre 1941 erzielte Bilanzgewinn

von .....	K	195.936.--
ist gegenüber dem Voranschlage um .....	"	21.961.--
größer, aber gegenüber dem Jahre 1940 um .....	"	36.203.--

niedriger.

Trotz der ziemlich großen Regiesteigerung wurde ein größerer Gewinn infolge bedeutender Vermehrung der durchgeführten Bestattungen erzielt. Mit Hinsicht auf den festgestellten versicherungsmathematischen Abgang des Pensionsfonds der Angestellten wurde die Dotation an diesen Fonds erhöht. Der Pensionsfonds hat am Ende des Jahres 1941 die Höhe von K 11,547.498.60 erreicht und ist einerseits im Krematoriumsbau, anderseits in den Häusern NC 608-I und NC 101 in Karolinenthal angelegt.

Der Wert der unentgeltlichen, für die Gemeinde durchgeführten Feuerbestattungen und Begräbnisse, betrug im Jahre 1941 K 175.956.90.

Es wurden zusammen 3794 Personen eingeäschert ( um 419 mehr als im Jahre 1940).



11521

27

Die Prager Städtische Druckerei

weist für das Jahr 1941 einen Gewinn von .....	K	72.686.40
aus, der den durch den Voranschlag vorausgesetzten		
Gewinn um .....	"	14.686.40
und den Gewinn des Jahres 1940 um .....	"	8.600.33

übersteigt.

"Über die Erfolge der Unternehmungen, an welchen die Gemeinde kapitalmäßig beteiligt ist möchte ich nur kurz folgendes anführen:

Von den Industriewerken der Hauptstadt Prag hat die Gemeinde die Gewinnanteile für das Jahr 1940 ( 150.000.-- K ) und 1941 ( 150.000.-- K ) ausgezahlt bekommen. Die Haushaltspläne für beide Jahre rechneten mit je K 100.000.--, zusammen K 200.000.--.

Dagegen war der Gewinn der Plakatierungsanstalt kleiner und die Anteilabfuhr an die Gemeinde war um K 11.600.-- geringer als der Voranschlag der K 22.000.-- erwartete.

Der mit der Summe von K 170.000.-- präliminierte Anteil an Gewinn aus der Vieh- und Fleischmarktkasse wurde nicht erzielt, weil dieses Unternehmen im Jahre 1941 einen Bilanzabgang ausgewiesen hat.

27a

Kapitel IV

das mit einem Betrage von ..... K 519,781.051.33  
aktiv ist, ist gegenüber dem Voranschlage  
günstiger um ..... " 27,366.511.33,  
denn die Ausgaben waren um ..... " 576.117.08  
niedriger und die Einnahmen um ..... " 26,790.394.25  
größer.

Zu diesem sehr günstigen Ergebnis tragen die einzelnen  
Zuschläge, Abgaben und Gebühren folgendesmaßen bei:

IV-A-b. Gemeindegzuschläge zu

den direkten Steuern	293,055.613.--	292,730.340.--+	325.273.--
B. Durch das Verzehrungs-			
steuerreferat erhobene			
Zuschläge, Abgaben und			
Gebühren .....	13,806.462.--	11,698.000.--+	2,108.462.--
C-1. Mietzinsabgaben .....	92,020.909.--	85,000.000.--	+ 7,020.909.--
2. Wertzuwachsabgabe von			
Liegenschaften .....	21,720.265.--	15,500.000.--	+ 6,220.265.--
3. 10 v.H. Gemeindezu-			
schlag zu Gebühr bei			
" Übertragung von Liegen-			
schaften .....	4,961.844.--	4,000.000.--	+ 961.844.--
4. Parzellierungsabgabe	509.899.--	1,000.000.--	- 490.101.--
5. Kanaleinmündungsgebühr	958.100.--	1,400.000.--	- 441.900.--



11522

28

6. Taxen und Gebühren ....	1,002.445.--	2,000.000.--	-	997.555.--
7. Abgabe für Amtshandlung in Verwaltungssachen ..	3,040.075.--	2,400.000.--	+	640.075.--
8. Abgabe vom Verbrauch von Elektrizität und Gas zu Beleuchtungszwecken	4,214.697.--	4,000.000.--	+	214.697.--
9. Abgabe von Zechen für Speisen und Getränke in Luxuslokalen .....	7,129.020.--	5,500.000.--	+	1,629.020.--
10. Lustbarkeitsabgabe .....	15,838.351.--	14,500.000.--	+	1,338.351.--
11. Verkehrsabgabe .....	39,609.462.--	36,000.000.--	+	3,609.462.--
12. Abgabe für öffentl.Be- kanntmachungen .....	321.353.--	300.000.--	+	21.353.--
13. Abgabe für vorübergehen- de Unterkünfte .....	3,200.615.--	2,500.000.--	+	700.615.--
14. Hundesteuer .....	3,182.823.--	3,000.000.--	+	182.823.--
16. Getränkeabgabe .....	21,637.694.--	18,000.000.--	+	3,637.694.--
17. Sonstige und gemeinsame Einnahmen .....	409.098.--	300.000.--	+	109.098.--
III-D-a. Besonderer Wasserzins ..	50,045.529.--	45,000.000.--	+	5,045.529.--
IX-D-b. Gebühr für Abfuhr von festen Abfällen .....	13,425.888.--	13,000.000.--	+	425.888.--
zusammen .....	590,090.142.--	557,828.340.--	+32,	261.802.--
=====				

18a

Aus dem angeführten ergibt sich, daß an Gemeindezuschlägen im Laufe des Jahres 1941 nur ein unbedeutend höherer Betrag vereinbart wurde, es muß jedoch bemerkt werden, daß im Jahre 1942 noch eine Nachzahlung von K 26 Mill. eingegangen ist.

Was die Abgaben und Gebühren anbelangt, weisen alle von ihnen mehr oder weniger günstige Ergebnisse gegenüber dem Haushaltsplan aus, ausgenommen die Parzellierungsabgabe und Kanaleinmündungsgebühr, was mit der Baubewegung zusammenhängt, und die Taxen, worunter wiederum hauptsächlich ein Rückgang der Bautaxen sich fühlbar macht.

Wenn man die Entwicklung des Ertrages aller Gemeindezuschläge, Abgaben und Gebühren in den letzten Jahren vergleicht, so zeigt sich darin die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Eine Ausnahme bilden die an der Verzehrungssteuerlinie bebauten Zuschläge und Abgaben, die im Abbau begriffen waren und ab 1. Juni 1942 überhaupt weggefallen sind. Die Gesamtübersicht weist folgende Ziffern aus:

A. Die Gemeindezuschläge zu				
den direkten Steuern ...	100,600	151,800	192,200	286,500
B. Die durch das Verzehrungs-				
steuerreferat eingehobene				
Zuschläge und Abgaben ..	54,800	55,500	35,200	13,800
C. Unmittelbar durch die Ge-				
meinde Prag eingehobene				
Zuschläge, Abgaben und				
Gebühren .....	208,000	218,100	230,100	276,400
Zusammen	363,400	425,400	457,500	576,700

11523



29

Kapitel V - Zuweisungen.

Hier handelt es sich um die Hauszinssteuer, die die Hauptstadt Prag seit dem Jahre 1941 nach zweijähriger Unterbrechung auf Grund der Regierungsverordnung vom 5. Dezember 1940 Slg. Nr. 72/1941 wiederum überwiesen bekommt. Der Haushaltsplan rechnete mit einem Betrag von ..... K 60,000.000.--, die tatsächliche Zuweisung beträgt ..... " 61,595.813.70 daher von ..... K 1,595.813.70 mehr.

Außerdem bekam die Gemeinde auf Grund derselben Regierungsverordnung, da sie Sitz der Landesbehörde ist, eine weitere "Überweisung in der Höhe von ..... K 3,800.000.-- diese "Überweisung war im Haushaltsplane nicht vorgesehen und ist erst auf besonderem Antrag gewährt worden.

29a

Kapitel VI - Sicherheit.

Dieser Abschnitt weist gegenüber dem Haushaltsplan

um .....	K	21,363.668.01
geringere Ausgaben und um .....	"	<u>175.130.74</u>
geringere Einnahmen aus, es wurde also insge-		
samt um .....	K	21,188.537.27
weniger ausgegeben und der ganze Abschnitt schließt mit einem		
Abgang von .....	K	43,511.491.73.

Soweit es sich bei diesem Abschnitt um die Feuerpolizei handelt, wurde hier deshalb wesentlich weniger ausgegeben, weil der beabsichtigte Ankauf verschiedener Kraftwagen, Maschinen und anderer Erfordernisse für die Feuerwehr nicht verwirklicht werden konnte. Der Stand der Feuerwehrmannschaft wurde um 59 Personen vermehrt. Feuerwehrrachen wurden verschiedenen Unternehmungen in größerer Zahl beigelegt, was in den entsprechenden Einnahme- und Ausgabenposten zu verzeichnen ist. Der aus Feuerversicherungen zugekommene Beitrag war größer.

Zur Verbesserung der Sicherheitsmaßnahmen bei Überschwemmungen wurden 10 neue Fähren und 3 neue Kähne beschafft.

Im Laufe des Jahres erfolgte die Verrechnung und Begleichung des Mietzinses der Kaserne auf der Brandstätte und des Objektes am Laurenziberg für die Zeit vom 1. Juli 1939 bis zu Ende des Jahres 1941, was sich durch eine Erhöhung der Einnahmen auf dem Posten der dauernden Bequartierung auswirkt.



11524

30

Wesentlich kleinere Ausgaben traten schließlich im Bau der Luftschutzräume ein, der nicht den erwarteten Umfang annahm. Neu ist der Aufwand für die Wachen gegen Sabotage hinzugetreten. Außerplanmäßig liefen größere Ersätze von den Protektoratsämtern und Privatinteressenten für die Ausbildung im Luftschutzdienst ein.

Kapitel VII - Gesundheitswesen.

Die Ausgabe wurde gegenüber dem Voranschlage  
 um ..... K 1,054.329.43  
 größer, die Einnahme um ..... " 120.086.88  
 kleiner, so daß das Endergebnis gegenüber dem  
 Voranschlage um ..... K 1,174.416.31  
 ungünstiger ist und dieser Abschnitt mit dem  
 Abgange von ..... " 45,364.418.31  
 endet.

Dieses große Anwachsen der Ausgaben wurde, ähnlich wie bei den anderen Rubriken, durch den erhöhten Personalaufwand verursacht.

Sonst erscheinen wesentliche Veränderungen gegenüber dem Voranschlage auf der Rubrik VII-A Gesundheitsdienst. Hier fällt nämlich infolge dessen, daß die Einhebung der Abgabe für die veterinär-polizeiliche Tier- und Fleischschau die Protektoratsverwaltung übernommen hat und die Schlachthofverwaltung nur mit der Durchführung der Beschau betraut blieb, einerseits der Ertrag dieser Berichtigungsgebühren weg, andererseits ist auch die zugehörige Regie gesunken.

Für die Heilanstalten wurde mehr ausgegeben, weil es nötig war, einige weiträumigere Adaptationsarbeiten in der Erziehungsanstalt in Prag-VIII, die in ein Krankenhaus umgewandelt wurde, durchzuführen.

Der Aufwand für verschiedene andere Gesundheitsmaßnahmen ist hauptsächlich deshalb gesunken, weil der größte Teil der mit der Heilung der Geschlechtskranken verbundenen Auslagen durch die Protektoratsverwaltung gedeckt wird.

11525



31

Wesentlich ungünstiger ist die Rubrik "Öffentliche Parkanlagen" ausgefallen, die ein um rund K 1,15 Mill. ungünstigeres Ergebnis ausweist, was hauptsächlich dem Konto der Personalauslagen zuzuschreiben ist.

Demgegenüber sind die Friedhöfe und Bestattungen auch in diesem Jahre aktiv, was der neuen richtig durchgerechneten Regelung der Friedhofsgebühren anzurechnen ist.

31a

Kapitel VIII - Verkehrswege

weist gegenüber dem Voranschlage um .....	K	4,092.118.83
höhere Ausgaben und um .....	"	<u>100.121.20</u>
höhere Einnahmen aus.		

Das Ergebnis dieses Kapitels ist daher  
 um ..... K 3,991.997.63  
 ungünstiger.

Die Ursache dieses ungünstigen Ergebnisses ist vorwiegend auf den Personalaufwand zurückzuführen.

Die Ersparnisse beim Sachaufwande wurden dadurch erzielt, daß die Arbeiten auf den Verkehrswegeg - infolge der angeordneten Beschränkungen - nicht in solchem Umfange, wie es bei der Haushaltsplanaufstellung vorausgesetzt worden war - unternommen wurden.

Ein größeres Ersparnis auf dem Abschnitte: A. "Gassen, Straßen u. Wege" an Material und Zufuhr entstand auch dadurch, daß eine bedeutende Menge von Rechnungen, obwohl sie zu Lasten des Jahres 1941 bedeckt worden waren, in den Ausgaben nicht vorgeschrieben wurden, weil sie bis zum Jahresabschluß nicht einliefen.

Dagegen wurde der Bedarfsvoranschlagskredit des Postens A-f-3 "Sicherheits- und Warnungseinrichtungen" infolge des Ankaufs einer größeren Menge von armierten Pfeilern u. Richtungsprellsteinen und weiters der Bedarfsvoranschlagskredit des Postens A-f-5 "Straßenbeschriftung, Orientierungstafeln u.dgl." mit Rücksicht auf die Umbenennung der Straßen und Ummumerierung von Häusern überschritten.



11526

32

Für die Orientierungstafeln wurde allerdings ein günstiger Erlös erreicht.

Auf dem Abschnitte B. "Wasserläufe" unter Posten B-b-3 entstand ein größerer Bedarf für das Altstädter Wehr. Der Aufwand soll aus den Konkurrenzbeiträgen refundiert werden.

Kapitel IX - Stadtreinigung und Verkehr.

Dieser Abschnitt enthält Gesamtausgaben

von ..... K 69,161.217.87  
und Gesamteinnahmen von ..... " 16,117.381.--  
so daß er einen Fehlbetrag von ..... K 53,043.836.87  
aufweist, der gegenüber dem Haushaltsplane um .. " 2,222.593.13  
geringer ist, da sich gegenüber dem Voranschlage die Ausgaben  
um ..... K 11,142.442.13  
und die Einnahmen um ..... " 8,919.849.--  
kleiner gestellt haben.

In diesem Abschnitt haben sich verschiedene kriegsbedingte Einschränkungen dahin ausgewirkt, daß der Kraftfahrzeugbetrieb wesentlich eingeschränkt wurde, so daß sowohl bei den Erhaltungs-, als auch bei den Betriebskosten Ersparnisse zu verzeichnen sind. Ebenso wurden auch einige neue Ankäufe hauptsächlich der Aschenbehälter nicht getätigt. Auch der Pferdstand und dadurch auch der Futter- und Streueeinkauf sind zurück gegangen. Infolge der Verkehrseinschränkung hat sich auch die Versicherung vermindert.

Der Hauptunterschied gegenüber dem Haushaltsplan- und zwar sowohl auf der Einnahmenseite als auch auf der Ausgabenseite besteht darin, daß der Betrieb der Müllverbrennungsanlage in Wissotschan, mit Wirkung vom 1. Jänner 1941 von den Elektrizitätsunternehmungen der Hauptstadt Prag übernommen wurde, so daß die Einnahmen und die Ausgaben dieser Anlage in diesem Abschnitt wegfielen.



Kapitel X - Soziale Fürsorge.

33

Dieser Abschnitt schloß mit einem allgemeinen Abgang von ..... K 84,642.827.96 gegenüber den Haushaltsplänen ist die Ausgabe kleiner um ..... K 6,324.813.20 und die Einnahme größer um ..... " 4,011.847.84 so daß der Erfolg insgesamt um ..... K 10,336.661.04 günstiger ist.

Dieser Erfolg kann einerseits dem Umstand zugeschrieben werden, daß der Haushaltsplan im Laufe des Jahres um den hinreichenden Betrag von K 7,632.800.-- nachträglich erhöht worden ist, andererseits der Verminderung der Ausgaben für den Sachbedarf (beschränkte Einkaufsmöglichkeiten) und teilweise auch durch die Erhöhung des Stiftungsertrages.

Die wirtschaftlichen Erfolge der einzelnen Abschnitte sind folgende:

A) Zentral-Fürsorgeamt und Fürsorgeamtsstellen.

Der insgesamt um ..... K 325.014.25 größere Abgang wurde besonders durch höhere Personalausgaben (Teuerungs- und Weihnachtzulage) verursacht.

B) Jugendfürsorgeanstalten und Einrichtungen

schließen mit einem um ..... K 2,933.271.23 kleineren Abgang.

33a

Die Ausgaben sind geringer um K 2,488.435.03 wegen den geringeren Betriebs- und Einkaufsmöglichkeiten und die Einnahmen sind größer (um K 444.836.20) infolge der Erhöhung des Stiftungsertrages und des Verpflegskostenersatzes.

a/ Kindergärten und Krippen:

Sie weisen ein um ..... K 34.002.26

kleineren Abgang aus und zwar auch bei größeren Ausgaben ( um K 145.338.21) in Personalaufwänden, da die Einnahme aus höherem Verpflegskostenersatz vom ZFA und Beheizungersatz von der Sozialgesundheitsanstalt um K 179.340.45 größer war.

b/ Schuljugendhorte

schließen mit einem um ..... K 130.475.60

größeren Abgang infolge erhöhten Personalaufwandes.

c/ Kinderspielplätze.

Ein um ..... K 9.235.94

größerer Abgang infolge erhöhten Personalaufwandes ( K 65.794.68).

Die sachlichen Aufwände waren infolge beschränkter Einkäufe niedriger (um K 51.716.59).

d/ Kinderschutzstätte.

Sie weisen ein um ..... K 6.853.74

kleineren Abgang auch durch den verringerten Ankauf von Kleidern und durch erhöhte Einnahmen aus dem Gartertrag und aus dem Verpflegs- und Verköstigungskostenersatz.



39

e/ Zentralkinderheim.

Ein um ..... K 317.833.85

kleinerer Abgang. Es war ein kleinerer Einkaufsumfang ( um K 61.031.68) und ein größeres Einkommen aus dem Verpflegs- und Verköstigungskostenersatz und aus dem höheren Ertrag der Stif - tungshäuser.

f/ Lehrlingsheim

hat einen um ..... K 92.381.38

kleineren Abgang, infolge geringerer Ausgaben (um K 66.281.80) für Textilienankauf, Gebäudeverbesserungen und den Verpflegsko - stenaufwand (weniger Zöglinge) und durch erhöhte Verpflegskosten - beiträge.

g/ Kindererholungsheim in Ritschan

schließt mit einem um ..... K 88.856.05

kleineren Abgang durch beschränkten Aufwand für Bekleidung, Ge - bäudeausbesserung und Feldwirtschaft. Die Einnahmen waren größer (um K 68.926.50) durch den Verpflegskostenersatz und den Stif - tungsertrag.

Die Feldwirtschaft endet mit einem um K 15.268.85 günstigeren Erfolg wegen verringerter Ausgaben für den Sachbedarf.

g/ Mädchenheim in Unter-Potschernitz

endet mit einem um ..... K 120.618.15

kleineren Abgang. Es waren kleinere Ausgaben (um K 159.001.95) für Personalaufwand, Verpflegskostenaufwand (geringere Zöglings - zahl) und ein beschränkter Einkauf von Sachbedarf. Die Einnahme ist wegen des geringen Verpflegskostenersatzes um K 28.383.80 niedriger.

g/ Knabenheim in Adler-Kosteletz.

Es ist um ..... K 74.905.35  
 ein kleinerer Abgang infolge geringerer Ausgaben ( K 24.071.55)  
 für Verköstigung und Einkauf von Sachbedarf und größerer Einnah-  
 men an Verpflegskostenersatz.

h/ Prager Erziehungsanstalt Lieben

schließt mit einem um ..... K 128.974.25  
 kleineren Abgang. Es waren kleinere Ausgaben ( K 78.226.95) für  
 den Einkauf von Sachbedarf sowie Werkstättebedarf und Gebäudever-  
 besserungen; außerdem sind größere Einnahmen ( um K 50.707.30)  
 für Verpflegskostenersatz und Werkstättenenertrag, welche einen um  
 K 25.452.16 niedrigeren Betrag ausweisen.

j/ Schulkinderverpflegung

endet mit einem um ..... K 1,553.824.71  
 kleineren Abgang, da der Verpflegungsumfang (weniger Kinder) und  
 die Einrichtungseinkäufe kleiner waren.

k/ Ferialjugendfürsorge

hat einen um ..... K 568.585.95  
 kleineren Abgang infolge geringerer Ausgaben ( um K 454.781.80)  
 für den Ferienkolonienbetrieb (weniger Kolonien, kleinerer Ein-  
 kauf von Sachbedarf). Die Einnahme stellte sich höher um  
 K 113.864.15 (Subvention von der Landesbehörde).

l) Flußbäder für Schuljugend

waren nicht in Betrieb.



35

m/ Lehrmittelbeschaffung.

Es besteht ein um ..... K 65.845.--  
kleinerer Abgang wegen des kleineren Einkaufes.

C) Anstalten und Einrichtungen für Erwachsene.

Sie weisen einen um ..... K 5,795.144.58  
günstigeren Erfolg aus.

Im allgemeinen waren die Sachausgaben kleiner (kleinere  
Zöglingenszahl und kleinere Einkaufsmöglichkeiten) und außerdem  
war die Einnahme größer um K 2,040.048.-- aus der Vergütung von  
der Wehrmacht welche nicht präliminiert wurde.

a/ Frauen- und Mädchenheim

hat einen um ..... K 27.554.60  
kleineren Abgang wegen des geringeren Sachaufwandes (kleinere Zög-  
lingsanzahl).

b/ Fürsorgeheime in Reuth.

schließen mit einem um ..... K 4,867.783.74  
günstigeren Erfolg.

Die Ausgabe ist kleiner (um K 3,339.553.95) besonders in-  
folge geringeren Sachaufwandes (die Personalaufwände sind größer)  
wegen kleinerer Zöglingenszahl und infolge wesentlichen Einkaufes  
von Sachbedarf. Die Einnahme war größer (um K 1,722.886.99),  
hauptsächlich durch den Ersatz von der Wehrmacht.

Die Gartenwirtschaft hatte einen um ..... K 10.934.40  
günstigeren Erfolg.

35a

Das Heim für Zahlende endet mit einem Überschuß  
von ..... K 75.383.91.

Die Personal- und Sachausgaben waren geringer, denn die Anstalt nicht voll besetzt wurde.

Es ist jedoch zu bemerken, daß der präliminierte Annuitensatz von K 742.500.-- zu Gunsten des Abschnittes XII nicht umgebucht wurde, an sonsten würde der Abgang K 667.116.09 betragen.

c/ Zweigstelle der Fürsorgeanstalten

schließt mit einem um ..... K 863.167.80  
kleineren Abgang.

Die Ausgabe war kleiner (um K 674.472.50) hauptsächlich bei den Sacheinkäufen und Personalaufwänden, da ein Teil der Anstalt (Übernachtungsstelle) aufgelassen wurde.

Die Einnahme waren größer (um K 188.695.30) infolge höherer Verpflegskostensätze und Beförderungersätze für Schüblinge.

d/ Wärmestuben

hatten einen um ..... K 35.917.44  
kleineren Abgang wegen Betriebsverminderung.

D) Jugend- und Erwachsenenfürsorge außerhalb der Anstalten

endet mit einem um ..... K 1,098.843.14  
kleineren Abgang.



11580

36

Der Haushaltsplan dieses Abschnittes wurde nachträglich um K 5,800.000.-- erhöht. Die Ausgaben sind kleiner (um K 193.000.--) infolge geringerer Möglichkeiten des Einkaufes von Kleidern und Schuhen und Unterbringung von Personen in fremden Anstalten. Die Einnahme war größer um K 905.759.79 infolge erhöhter Fondserträge und Verpflegskostensätze von den gesetzlich verpflichteten Personen.

E) Wohnungsfürsorge

schließt mit einem um ..... K 41.112.10 kleineren Abgang infolge geringerer Ausgaben für Gebäudeausbesserungen und größerer Einnahme vom Hilfswerke.

F) Anstalt für unentgeltlichen Dienst und Arbeitsvermittlung.

Es wird eine nicht präliminierte Einnahme von .. K 224.195.75 als Ersatz für die vom Protektorat übernommene Einrichtung ausgewiesen.

G/ Sonstiges

schließt mit einem um ..... K 569.108.49 kleineren Abgang infolge von nicht präliminierten Ersätzen.

36a

Kapitel XI - Schulwesen, Wissenschaft, Kunst  
und Kultus- und Kulturzwecke.

Der im Haushaltsplane vorgesehene Abgang dieses Kapitels

von .....	K	52,125.955.--
beträgt laut Abschluß .....	"	<u>52,157.945.83</u>
so daß er nur um .....	K	31.990.93
größer ist. Die Ausgaben waren zwar um .....	"	725.087.32
höher, aber auch die Einnahmen waren höher und		
zwar um .....	"	<u>693.096.39</u>
woraus sich die Differenzen von .....	K	31.990.93

ergibt. Außer der bei allen Kapiteln in Erscheinung tretenden Steigerung des Personalaufwandes und Ersparnissen am Sachaufwand wäre bei diesem Kapitel noch darauf hinzuweisen, daß manche städtische Fach- und Mittelschulen höhere Einnahmen an Schulgeld erzielten.

Alle wichtigere Änderung im Laufe des Jahres sei, da die Eröffnung der Deutschen städtischen Fachschule für Frauenberufe und der Deutschen städtischen Musikschule angeführt, mit welcher im Haushaltsplane nicht gerechnet wurde.

Die Prager städtische Versicherungsanstalt hat für das Städtische Museum eine Spende von K 20.000.-- gewährt, so daß ihm die Dotation erhöht werden konnte.



37

Kapitel XII - Schulden

weist - infolge der durch die vom Finanzdezernenten mit den Geldanstalten getroffene <sup>U</sup>Übereinkommen erzielten Herabsetzung des Zinsfußes aus den Anleihen, sowie infolge der Herabsetzung des Zinsfußes aus sogenannten inneren Anleihen (vom Pensionsfond, Pensionsfond der Elektrizitätsunternehmungen u.ä.) und infolge der <sup>U</sup>Überführung der Anleihen der Müllverbrennungsanlage auf die Elektrizitätsunternehmungen - gegen den Voranschlag ein Ersparnis im Betrage von .....K 11,971.735.83 aus.

Infolge der erwähnten Herabsetzung des Zinsfußes sind auch die Ersätze einzelnen Etatkapitel gegenüber dem Voranschlage um .....K 12,502.488.78 niedriger, d.h. die Ersparnisse kommen in diesen Kapiteln zur Auswirkung.

Das Ergebnis im Kapitel XII ist dagegen um .....K 620.752.95 ungünstiger, hauptsächlich weil der Ersatz des Annuitätendienstes aus dem Aufwande auf das Heim für Zahlende der Fürsorgeheime in Reuth im Betrage von K 742.500.-- rechnermäßig nicht durchgeführt wurde.

Die Herabsetzung des Zinsfußes aus den Anleihen konnte sich im Jahre 1941 in dem angeführten Ergebnisse nicht gänzlich bemerkbar machen, da dieselbe sich erst am Ende des Jahres geltend gemacht hat.

37a

Im Stande der Gemeindeschulden kam es im Jahre 1941 zu folgenden Änderungen:

der Restbetrag der Gemeindeschuld zum 1. I. 1941

machte ..... K 2.232,601.177.51  
aus.

Dazu kamen:

Neue Schulden für die Verwaltungsinvestitionen ..... K 85,205.889.25

Aufwertung des Restes der ausländischen Anleihe aus dem Jahre 1922 infolge Kursänderungen ..... " 587.257.--

so daß der Stand der Schulden im ganzen eine Zunahme um .. K 85,793.146.25 erfuhr.

Dagegen die Abnahme:

Durch planmäßige Tilgung .... K 72,221.263.98

durch außerordentliche Tilgung" 63,202.024.98

(worin auch die im Jahre 1941

auf die Elektrizitätsunternehmen überführten Anleihen

K 48,582.297.69 enthalten sind) \_\_\_\_\_

zusammen .....K 135,423.288.96

Die reine Schulabnahme beträgt demnach K 49,630.142.71

und der Rest der Gemeindeschuld zum 31.12.1941 K 2.182,971.034.80



38

Aus diesem resultierenden Restbetrage entfällt auf:

Eigentliche Verwaltungsschuld der Gemeinde ...	K 1.203,573.147.08
Großgrundbesitze .....	" 13,917.885.08
Die zur Milderung der Wohnungsnot gebauten Häuser .....	" 248,109.058.37
Elektrizitätsunternehmungen .....	" 162,619.633.77
Gaswerk .....	" 68,383.784.47
Wasserwerke .....	" 284,195.121.77
Zentralschlachthof und Fleischmarkt .....	" 13,397.734.44
Altstädter Markthalle, Märkte und Stadtwaagen "	6,266.916.10
Friedhöfe und Bestattungswesen .....	" 3,769.639.85
Flußbewirtschaftung .....	" 1,072.048.17
Zentral-Kirchen- und Friedhofsamt .....	" 51.319.70
Unternehmungen früherer Vorstadtgemeinden ....	" 10,626.929.47
Die zwecks Konversion der ausl. Anleihe aus dem Jahre 1922 abgeschlossene Anleihen .....	" <u>166,987.816.53</u>
im ganzen	K 2.182,971.034.80
	=====53=====

38a

Kapitel XIII - Sonstiges

Ausgegeben wurde um ..... K 33,193.444.01  
weniger. Die Einnahmen sind um ..... " 75.359.55  
höher. Das Ergebnis dieses Kapitels ist daher  
um ..... K 33,268.803.56  
günstiger.

Dies ist darauf zurückzuführen, daß aus dem Voranschlags-  
kredit von K 35,000.000.-- für "Arbeiten, die sich aus den außer-  
ordentlichen Verhältnissen ergeben" bloß der Betrag von K 288.766.20  
und zwar an Mietzinsbeiträgen für notleidende Mitbürger, an Aushil-  
fen und Belohnungen für die Vertragsangestellten und dgl. verwendet  
wurde.

Aus dem Voranschlagskredit von K 6,250.000.-- für "Ver-  
schiedene unvorgesehene Ausgaben" wurde für die Einrichtung und Aus-  
stattung von Räumlichkeiten der Planungskommission, für die Errich-  
tung des Gartens für die deutschen Schulen in Dewitz für Ausbesserun-  
gen von Amtsgebäuden und Zinshäusern und für verschiedene Lohnvergü-  
tungen zusammen nur der Betrag von K 3,717.748.63 benützt.

Der Voranschlagskredit von K 2,000.000.-- für "die Erhö-  
hung der Material-, Kohlen-, und Treibstoffpreise" wurde auf dieser  
Rubrik nicht verwendet. Wirkliche Erhöhungen werden auf den einzel-  
nen speziellen Abschnitten wo diese Aufwände vorkommen, gebucht.



11533

39

Die Volks- und Hauptschulen.

Was den Gemeindeaufwand für die Volks- und Hauptschulen betrifft, ist der im Haushaltsplane erwartete Abgang K 29,663.017.-- um ..... " 3,478.672.-- niedriger.

Einige Ausgaben sind zwar gestiegen, so zum Beispiel diejenigen für das städtische Schulpersonal oder für die Beleuchtung dervon der Wehrmacht besetzten Schulgebäude - welche letztere die Wehrmacht allerdings an die Gemeinde bereits, und zwar im Jahre 1942 vergütet hat, - andererseits sind aber andere Ausgaben beträchtlich gesunken, besonders dadurch, daß seit 1. September 1941 das Protektorat den Aufwand für den Unterricht in den IV. Jahrgängen, sowie für den Kurzschriftunterricht trägt, und auch dadurch, daß eine ganze Reihe von Bau- und anderen Herrichtungsarbeiten an den Schulgebäuden nicht oder nur in kleinerem Umfange durchgeführt wurde. Auch die Schließung der Schulen in den Wintermonaten ist in einer Ersparnis an Beheizungsaufwand von mehr als 1 Mill. K zum Ausdruck gekommen.

Die wesentlichste Änderung gegenüber dem Haushaltsplane erscheint jedoch in dem Bezirksaufwand und zwar deshalb, daß auf Grund der Regierungsverordnung Slg. Nr. 71 aus dem Jahre 1941 das Protektorat den ganzen Personalaufwand vom 1. Jänner 1942 an übernommen hat.

39a

Außerordentliche (Investitions) Auslagen.

Der Investitionsvoranschlag rechnete mit der Durchführung von Arbeiten im Gesamtaufwande von ..... K 274 Mill. tatsächlich wurden aber für die im Jahre 1941 durchgeführte Arbeiten im ganzen nur ..... K 125 Mill. ausgegeben.

Der außerordentliche Voranschlag ist immer nur als ein Investitionsprogramm anzusehen, dessen Verwirklichung, besonders in der Kriegszeit, von sehr vielen Umständen abhängig ist.

Zu manchen im Voranschlage vorgesehenen Arbeiten kam es nicht, wie z.B. zum Bau einer neuen Brücke auf die Färberinsel, zur Inangriffnahme des neuen Schlachthofsbaues, zur Herrichtung der Jugendherberge und des Lehrlingsheimes, zum Bau der deutschen Schulen in Pankratz und Smichow u.ä. Die für die Investitionen in der Müllverbrennungsanlage verwendeten Aufwände erscheinen im Gemeindege- bahrungsabschlusse nicht mehr, weil - wie schon erwähnt - die Müllverbrennungsanlage in die Verwaltung der Elektrizitätsunternehmungen übergegangen ist.

Von größeren Aufwänden, die im Rahmen des außerordentlichen Voranschlages wirklich verwendet wurden, ist auf die Aufwände für die Wasserwerkerarbeiten 6.8 Mill. K, Kanalisierungsarbeiten 18.5 Mill. K, Kommunikationsarbeiten 27.7 Mill. K und die Beschaffung von dazu gehörigen Grundstücken 3 Mill. K aufmerksam zu machen. Dabei mußte allerdings für einige Objekte mehr ausgegeben werden, als der Voranschlag vorausgesetzt hatte. So wurden für den Liegenschaftsankauf anstatt 24 Mill. K 27.7 Mill. K, für den Janáčekbrückenbau anstatt 5 Mill. K 6.4 Mill. K verwendet.



40

Zu Investitionszwecken wurden Anleihen - wie schon bei dem Kapitel "Schulden" erwähnt wurde - in der Höhe von 85.2 Mill. K abgeschlossen.

40a

Was die

Gemeindereserven

betrifft, wird in den Rechnungsabschlüssen ein bedeutend höherer Stand ausgewiesen, nämlich ..... K 424,2 während der Stand am Ende des Jahres 1940 .... " 305,6 betrug. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Überprüfungen der angesammelten Überschüsse der Gemeindeumlagen aus den früheren Jahren, welche bisher am Kontokorrentkonto verbucht waren, auf das Rücklagenkonto und zwar fiel der Rücklage für Tilgung von Anleihen der Betrag von K 100,0 und der neu gegründeten Finanzausgleichsrücklage der Betrag von K 18,2 zu. Sonst wurden die bestehenden Reserven durch Dotationen, soweit es die Einkünfte des Gemeindevermögens zuließen, verstärkt und andererseits aus denselben die zu Herrichtungs- und Instandhaltungsarbeiten nötigen Beträge nach Maßgabe der Bestimmung der betreffenden Reserve entnommen.



11535

41

Auf S. 142 - 144 der gedruckten Rechnungsabschlüsse befinden sich die Schlußausweise.

Nach der Vermögens-Bilanz ergibt sich zum Schlusse des Jahres 1941 als Gesamtbetrag aller Aktiva ..... K 4.665,910.145.69  
als Gesamtbetrag aller Passiva ..... " 2.839,059.802.29  
demnach ein reines Aktivvermögen von ..... K 1.826,850.343.40  
gegenüber dem Jahre 1940, welches ein Aktivvermögen von ..... " 1.433,788.301.17  
ausweist, ergibt sich ein Zuwachs von ..... K 393,062.042.23

Das Inventarvermögen vergrößerte sich =====  
um ..... K 249,256.406.57  
besonders bei den Grundstücken (um 12 Mill. K), bei den Reserven  
und Fonds (um 133 Mill. K), bei den Brücken (um 5 Mill. K), bei  
den Gemeindeunternehmungen (um 64 Mill. K), bei dem Inventar (um  
20 Mill. K).

41a

-62-

Wenn ich abschließend das Wirtschaftsjahr 1941 und die gesamte Gebahrung der Hauptstadt Prag noch einmal überblicke und einerseits der verschiedensten Schwierigkeiten, unerwarteten neuen Aufgaben, die im Laufe des Jahres auftauchten, der unvorgesehenen Unkosten, welche damit verbunden waren, und überhaupt aller übrigen außerordentlichen kriegsbedingten Verhältnisse, die bewältigt werden mußten und auch bewältigt wurden, andererseits aber trotz alledem das sehr günstige wirtschaftliche Ergebnis, wie es sich aus den Rechnungsabschlüssen ergibt, feststelle, so kann ich nicht umhin meiner Überzeugung Ausdruck geben, daß die Wirtschaft der Hauptstadt Prag von dem Herrn Primator und Primator-Stellvertreter mit großer Umsicht und vollem Verantwortungsbewußtsein geleitet wurde, daß ein ganz außerordentliches Verdienst daran dem Herrn Stadtkämmerer zuzurechnen ist und daß auch die anderen Herrn Dezernenten und Referenten, sowie die Gemeindeangestellten sie dabei mit vollem Verständnis für die Erfordernisse der Zeit unterstützten.

Indem ich meinen Bericht schließe, bemerke ich, daß das Kontrollamt dem Herrn Primator und Herrn Primator-Stellvertreter nachstehende Anträge vorlegt:

- 1./ daß alle Rechnungen der Prager Gemeinde, ihrer Fonds, Reserven, Anleihen, der Volks- und Bürgerschulen, sowie auch aller Gemeindeunternehmungen und -anstalten für das Jahr 1941 für richtig befunden und genehmigt werden,



11536

42

- 2./ daß auch, soweit dies noch nicht geschehen ist, die Überschreitung einiger Voranschlagsposten und ihre Deckung durch erhöhte Einnahmen genehmigt werde,
- 3./ daß die Dotationen, verschiedene nachträgliche Vergütungen und Spenden im Gesamtbetrage von K 22,455.776.40, die in der Bilanz der Elektrischen Unternehmungen enthalten sind, genehmigt werden,
- 4./ daß die Benützung des Reingewinnes des Prager Gemeinde Gaswerkes von K 1,368.846.47 zu gunsten des Pensionsfonds der Angestellten mit dem Betrage von K 768.846.47, des Titärfonds der Angestellten mit dem Betrage von K 500.000.-- und mit dem Restbetrage von K 100.000.-- als Spenden für verschiedene kulturelle und Wohltätigkeitszwecke genehmigt werde.

Die Rechnungen lagen während der Dauer von 14 Tagen öffentlich auf und es wurden keine Einwendungen oder Bemerkungen eingebracht.

Prag, am 15. Juli 1942.

Der Finanz-Kontrollreferent:

Rudolf Lerche e.h.